Prof. Dr. Udo Reifner

Sozialökonomie in Hamburg

Vorlesung zum Abschied (von) der HWP

9. Juli 2012 18.00 – 19.00 Uhr
anschließend bis 20.00 Uhr
Podiumsdiskussion mit Studierenden
großer Hörsaal VMP 9

Prof. Dr. Udo Reifner

Sozialökonomie in Hamburg

Abschied (von) der HWP

Abschiedsvorlesung

9. Juli 2012 18.00 – 19.00 Uhr

großer Hörsaal VMP 9

Zusammenfassung

Die HWP und der Verfasser wurden im gleichen Jahr geboren, erreichen im nächsten Jahr die Altersgrenze und haben dabei die Hälfte der Zeit miteinander verbracht. Die HWP war für ihn nach den Erfahrungen mit dem Umfeld des Radikalenerlasses in West-Berlin ein Ausdruck von Liberalität und Toleranz mit der Möglichkeit einer wissenschaftlichen Diskussion in den Gesellschaftswissenschaften, die Vielfalt ohne parteipolitische Gelübde möglich machte.

Die Umwandlung der HWP in eine Managementschule seit 2007 durch eine Personalpolitik, die Interdisziplinarität unmöglich machte, mit Strukturen, die der akademischen Freiheit diametral entgegen gesetzt sind und Ressourcen einseitig verteilte, war möglich, weil die Fähigkeit der alten HWP, aus ihren Erfahrungen zu lernen und selbstkritisch gemeinsam das zu verteidigen was sie auszeichnete, an ihren inneren Widersprüchen und der Selbstüberschätzung scheiterte.

Dabei hatte die HWP es nicht leicht, beruhte sie doch weitgehend auf Strukturen und Gemeinschafts-Ideologien einer Sozialökonomie, die bereits in der Weimarer Zeit mit dem dominierenden Anti-Kommunismus keine ausreichende Fähigkeit zur Abwehr des Faschismus erreicht hatten. Deshalb konnte im nationalsozialistischen sozialökonomischen Seminar der Universität Hamburg das alte Kolonialinstitut von 1909 wieder aufleben. Gleichzeitig konnten sich die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen z.T. mit identischem Personal so lange zu den Formen zurückentwickeln, die ihnen die Deutsche Arbeitsfront verschafft hatte, bis sie in ihrer eigenen Korruption versanken und zusammenbrachen. Als Managerausbildung für die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen war die Akademie für Gemeinwirtschaft daher in einer bewussten doppelten Kontinuität. Motoren waren Karl Schiller (Sozialökonomisches Seminar) und Erich Klabunde (Neue Heimat), die die Wirtschaftspolitik der Hamburger SPD nach 1945 dominierten. Die Berufung ausschließlich in der NS-Zeit stark belasteter Professoren, die untereinander verbunden sich von den NS-nahen Einrichtungen in Königsberg, Straßburg und Hamburg/Kiel kannten, bedeutete daher nicht nur eine personelle und inhaltliche sondern auch eine Kontinuität im Praxisfeld.

Die HWP hat es im Gefolge von 1968 geschafft sich hiervon zu emanzipieren und eine Wirtschaftswissenschaft zu entwickeln, die den umfassenden Aristotelischen Wirtschaftsbegriff vom guten Leben aller zurückgewann, Gemeinschaftsideologien durch Gesellschaftswissenschaften ersetzte und damit Interdisziplinarität, Internationalität und Praxisorientierung erreichte. Die Bedingungen hierfür sind nicht mehr vorhanden. Sie ist zur Managementschule zurückgekehrt, wobei die Reduktion ihres Ansatzes auf den zweiten Bildungsweg ein Zerrbild des Modells HWP ist. Der Aufsatz zeigt Wege auf, wie mit einer historisch bewussten *Sozialökonomie* in Hamburg oder anderswo die Erfolgsgeschichte, der der Verfasser seine wissenschaftliche Laufbahn verdankt, fortgesetzt werden kann.

Inhalt

A. Berufsverbote und Akademische Freiheit – Mein Weg zur HWP 1981 1

B. Managementfakultät 2012 10
- I. Betriebswirtschaft statt Sozialökonomie 10
- II. Ressourcenverteilung 13

C. Aufstieg und Niedergang der HWP 16
- I. Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik (1948-1966) 17
- II. Hochschule für Wirtschaft und Politik (1967-1987) 27
- III. Hamburger Universität (1988-2013) 34

D. Was zeichnete die HWP aus? 40
- I. Aristotelische Streben nach gutem Leben: Interdisziplinarität 42
- II. Reflexion wirtschaftlichen Handelns: der Praxisbezug 45
- III. Gesellschafts- statt Gemeinschaftsökonomie: Internationalität 47

E. Welche Sozialökonomie für den Fachbereich? 49
- I. „Sozialökonomisches Seminar“ der Universität Hamburg 49
- II. Staatswissenschaften und Nationalökonomie 55
- III. Politische Ökonomie 56
- IV. Sozialökonomie 58
- V. Das HWP-Konzept 60

E. Sozialökonomie – 10 Thesen für einen Neubeginn 63

A. Berufsverbote und Akademische Freiheit – Mein Weg zur HWP 1981

Ganz habe ich es nicht mehr geschafft. Ein halbes Jahr zu früh verlasse ich die HWP. Mein vorzeitiger Abgang wird mir den Anblick der „Zwangspensionierung meiner HWP“ durch eine „Integration in die WiSo-Fakultät“ im Jahre 2013 ersparen. Dies jedenfalls deutet der Entwurf des neuen Strukturentwicklungsplans der Universität Hamburg an, auf dem das Fach Recht in dieser spezifischen Fächerkombination der Sozialökonomie nicht mehr vorkommt. Ich selber setze mich an die Universität Trient ab.[1] Exil war für einen deutschen Juristen historisch gesehen nie ein schlechtes Zeugnis.

Wir beide, die HWP und ich, sind gleich alt. Vier Monate vor der Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik, wie sie damals hieß, wurde ich geboren. Die Hälfte unserer Lebenszeit haben wir gemeinsam verbracht. Mit 32 Jahren wurde ich durch die Wissenschaftsdeputation der Hamburger Bürgerschaft zum Ordinarius für Wirtschaftsrecht berufen.

Das war nicht vorgezeichnet gewesen. Ich stand schon früh als akademischer Angestellter auf der Berufsverboteliste für junge Wissenschaftler des Bundes Freiheit der Wissenschaft, die die Löwenthals oder auch der Mitbegründer der Akademie für Gemeinwirtschaft, Prof. Ortlieb, angefertigt hatten, um den Radikalenerlass dazu zu nutzen, kritische junge Wissenschaftler staatlichen und privaten Arbeitgebern für ein Berufsverbot zu empfehlen.[2] Der Radikalenerlass unter Willy Brandt kam vom Hamburger SPD-Senat, der 1971 vorpreschte bevor er 1972 bundesweit verabschiedet wurde: „Ein Bewerber, der verfassungsfeind-

---

[1] Die Rechtsfakultät der Universität Trento, an der ich seit 12 Jahren Lehraufträge wahrnehme und die durch meine Initiative bis zur Kündigung durch die WiSo-Fakultät eine Doppeldiplom mit der HWP anbot, in dem ich mit den Kollegen Burgbacher und Karcher viele italienische Studierende in Hamburg betreuen konnte, ist Gott sei Dank keine Flucht sondern eine Ehre. Diese Fakultät (siehe das *Trento Common Core Project* von Ugo Mattei and Mauro Bussani zum europäischen Vertragsrecht) hat im italienischen Censis Ranking die Position 2 aller italienischen Jurafakultäten und mit Bezug auf die Forschung die Position Nr. 1. Im Times Magazine Europa Ranking 2011 liegt die Universität Trento unter den besten 50.

[2] Zur Parallelität mit der Blacklist von 1947 des House-Committe on Un-American Activities, mit der z.B. Charly Chaplin („Hollywood Ten“) Berufsverbot erhielt, vgl. http://en.wikipedia.org/wiki/Hollywood_blacklist

liche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt."[3] hieß es, was zu 3,5 Mio politischen Verhören führte, die das politische Engagement vieler meiner Kollegen auf Dauer beschädigte. Das Bundesverfassungsgericht fand die Rechtfertigung dafür in einer Argumentation, die weltweit vielen aufrechten Demokraten im Namen eines eher religiösen Anti-Kommunismus zum Verhängnis wurde: Verfassungsfeinde würden, falls sie in den öffentlichen Dienst eingestellt würden, Demokraten freien Zugang verwehren. Deshalb müsste man sie fernhalten und ihnen in einer "wehrhaften Demokratie" die Berufung auf das Grundrecht nach Art. 33 Abs.3 GG verwehren.[4]

Diese Berufsverbotsliste, mein wenig geschätztes Engagement in der Juristenausbildungsreform[5], die Veranstaltungen zu „Juristen im Nationalsozialismus" [6] hatten Folgen. Bereits 1972 schrieben der spätere Bundesverteidigungsminister der CDU Prof. Rupert Scholz zusammen mit dem Vetter des damaligen NPD Vorsitzenden Prof. Mußgnug, beides Verfassungsrechtler, an den damaligen SPD-Wissenschaftssenator Glotz, dass meine Einstellung als Assistent auf eine befristete ¼ Stelle den Niedergang der Freien Universität bedeuten würde. Der Senator erklärte sich für unzuständig. Bei meiner erneuten Einstellung drei Jahre später durfte ich dann ein ganzes Jahr lang auf meine Gewissensprüfung warten, die der Personalreferent der FU, Tägert, vornahm. Er versuchte mir letztlich ohne Erfolg das Eingeständnis abzuringen, dass ich am 1. Mai im falschen Block marschiert sei. Vor dem dann wahr-

---

[3] *Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst* verabschiedet unter Bundeskanzler Willy Brandt, abgedruckt z.B. in Ministerialblatt von Nordrhein-Westfalen, 1972, S. 324. §4 des NS-Gesetzes zur „Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.4.1933 lautete: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden."

[4] Bundesverfassungsgericht Entscheidung vom 22.5.1975 BVerfG E 39, 334 ff

[5] Dazu mein Resumee in Reifner, Juristenausbildungsdiskussion am Ende? Zeitschrift für Rechtspolitik, H.2 S.43-46 sowie unten FN

[6] Unter diesem Titel habe ich 1983 bereits in Hamburg meine Kritik an der herrschenden Aufbereitung aus den 1970ziger Jahren zusammengefasst in: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) 1983 S. 13 ff. Eine wütende Replik der Richterschaft von Bertram: Der Jurist und die Rutenbündel des Faschismus, ZRP 1983, 81 zeigte die politische Brisanz der Aufarbeitung.

heitswidrigen Protokoll rettete mich der Personalrat, den ich gegen den Rat des SPD-Mannes in das Verhör mitgebracht hatte.

Meine Dissertation bei Uwe Wesel führte zum Eklat. Dekan Baumert, der seine fehlende ordentliche Berufung[7] durch vorauseilenden Gehorsam kompensierte, erteilte mir nicht nur für ein Jahr Lehr- und Kopierverbot, untersagte aus „feuerpolizeilichen Gründen" eine Veranstaltung zum Nationalsozialismus sondern verlangte auch, die Ausstellung zu Biografien jüdischer und „deutscher" Anwälte abzuhängen, was erst durch Hausrechtsentzug durch den Präsidenten der FU Prof. Lämmert entschärft wurde. Statt Lehre in den Arbeitsgemeinschaften sollte ich 600 Examensklausuren pro Semester korrigieren, was der Präsident ein Jahr später als rechtswidrig aufhob. Danach kamen in die sonst überbelegte Anfänger-AG Zivilrecht nur noch 5 Studierende, die dies nur „aus Solidarität" taten. Aus Angst vor Berufsverboten wollten sie keinen von mir unterschriebenen Schein mitnehmen und besuchten deshalb noch eine parallele AG. Baumert[8] hat dann, wie mir berichtet wurde, noch der Fakultät vorgeschlagen, mir den Doktortitel zu verweigern und damit die deutsche Rechtswissenschaft vor einem inneren Feind zu schützen. Es waren aufrechte Konservative wie die Professoren Schlüter und Konzen, die meine beiden hochschulpolitisch aktiven Doktor-

---

[7] Das Berliner Hochschulrecht hatte die Akademischen Räte ohne weiteres zu Professoren gemacht, um Geld zu sparen. Die Ordinarien klagten zunächst dagegen, nachher machten Sie jedoch den Hauptvertreter der Geschmähten zum dauernden Dekan – eine Lehre, die der Hamburger Senat bei seiner Umwandlung der HWP zur Universität auch nicht gezogen hat.

[8] Zu Prof. Georg Baumert, der auch für die Relegation des Juso-Vorsitzenden am Fachbereich verantwortlich zeigte, gab es von den Studierenden eine satirische Festschrift, die in fast analytischer Weise das Problem von Akademikern deutlich macht, die ohne Qualifikation und Publikationen zunächst von der autoritären Statuselite geschmäht und dann politisch eingesetzt werden können, ohne dass man selber noch tätig werden muss. Man ist an die Apostelgeschichte 9,1 erinnert, wo der Auslandsjude aus dem griechischen Tarsus, Saulus, sich als Jude gegenüber den Hohepriestern in Jerusalem beweisen muss und es über ihn heißt: „Saulus aber schnaubte noch mit Drohen und Morden wider die Jünger des HERRN und ging zum Hohepriester und bat ihn um Briefe gen Damaskus an die Schulen, auf dass, so er etliche dieses Weges fände, Männer und Weiber, er sie gebunden führte gen Jerusalem." Die Bibel bietet dann auch gleich die Lösung für Heilsbringer wie McCarthy, wenn es in Vers 21 heißt: „Und er war bei ihnen und ging aus und ein zu Jerusalem und predigte den Namen des HERRN Jesu frei", wenn die urchristliche Gemeinde die Ursache des Wütens, die persönliche Isolation, aufhebt und ihn integriert.

väter[9], die Professoren Uwe Wesel und Johann Gerlach, im Ergebnis unterstützten und mich so der Wissenschaft erhielten.[10] Die Ablehnung meiner rechtssoziologischen Habilitation zum Thema „Kollektiver Rechtsgebrauch" ersparte mir Prof. Dr. Dr. Franz-Jürgen Säcker, der mir in fast väterlicher Fürsorge durch einen Assistenten bestellen ließ, ich solle nicht so dumm sein und mich (wie bei meiner Kollegin Diemut Majer mit ihrer großartigen Habilitationsschrift zu Fremdvölkischen im Dritten Reich[11] geschehen) mit einem zu erwartenden politischen Fakultätsratsbeschluss, der mir die Unzulänglichkeit meiner Habilitation bescheinigte, aus der deutschen Wissenschaft verabschieden.

Die juristische Reformfakultät Hamburg lud mich später zum Vortrag für eine C3 Stelle ein. Meine vier Jahre als Sozialforscher im Wissenschaftszentrum Berlin und die etwas dickliche Dissertation über Verbraucherverschuldung hatten mir optische Chancen vermittelt. Doch die Fragen eines jungen Kommissionsmitglieds, in welchem Gesellschaftssystem ich mir vorstellen könnte, meine politischen Vorstellungen zu verwirklichen, erinnerten mich an das Verhör durch die FU. Nicht dies sondern dass die Ausschussmehrheit mich gleichwohl auf den ersten Listenplatz setzte wurde als politischer Akt angesehen. Deshalb erreichte mich auch dort wieder ein fürsorglicher Telefonanruf diesmal meines Vorgängers an der HWP, Prof. Norbert Reich, der mir einen freiwilligen Verzicht empfahl, um der Drohung eines SPD-Verfassungsrechtlers zuvor zu kommen. Nach dessen Meinung bedeutete meine Berufung eine den Fakultätsfrieden bedrohende Polarisierung. Eine politische Ablehnung in der Deputation der Bürgerschaft sei

---

[9] Uwe Wesel war Vize-Präsident (1969-1973) und Johann Gerlach Präsident (1991-1998) der FU. Bei der mündlichen Prüfung war als dritte Prüferin Jutta Limbach (Justizsenatorin in Berlin 1989-1994; Präsidentin des Bundesverfassungsgericht 1994-2002) tätig, die ebenfalls zu meinen wissenschaftlichen Begleitern gehörte.

[10] Die Professoren Peter Hanau (1968-1971 u.a. Dekan an der juristischen Fakultät Berlin) und Bernd Rüthers (1967-1971 auch Gründungsmitglied der Notgemeinschaft für eine Freie Universität) haben mir später erklärt, dass sie mein studentisches Wirken an dieser Fakultät trotz gegensätzlicher Standpunkte durchaus geschätzt haben, verließen aber 1971 Berlin.

[11] Diemut Majer, Fremdvölkische" im Dritten Reich - Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Schriften des Bundesarchivs, Bd. 28 München 1993. 1064 S.,

wahrscheinlich, was wiederum ein bundesweites Aus für die Hochschullehrerlaufbahn bedeutet hätte.

Ich war trotzdem kein geborenes Opfer des deutschen McCarthyismus. Fanatisch an mir war nur meine Parteilosigkeit und mein Beharren auf akademischer Freiheit in einem Land, in dem jeder immer irgendwohin gehören muss und sich zu anderen zu bekennen hat. Damit waren nicht nur meine Feinde verwirrt sondern auch viele derjenigen, die mir eigentlich wohl gesonnen sein wollten. Mein soziales Engagement war nie sozialdemokratisch, meine christliche Überzeugung nie christdemokratisch, der liberale Grundgedanke, der mich besetzt hält, hatte selten etwas mit der Partei der Besserverdienenden gemein, meine Bewunderung vor allem der methodischen Frühschriften von Marx und Engels waren eher Argument gegen als für eine kommunistischen Partei. Wie einst die Grünen werden auch die Piraten mich nicht verstehen, deren Anliegen, dem rein kapitalistischen geistigen Eigentumsrecht des 19. Jahrhunderts (dominium directum) das altrömische Nutzungseigentum (dominium utile) wieder zur Seite zu stellen, ich unterstütze.

Der Einsatz eines arbeitswütigen 68zigers gegen autoritäre Strukturen und Persönlichkeiten in Deutschland, für den die HWP einen so toleranten und produktiven Platz anbot, passt nicht in Parteienpolitik. Wenn ich etwas von den großen Philosophen der französischen Revolution mitgenommen habe, was mir bei den deutschen fehlte, dann ist es die Überzeugung, dass Wissenschaft nicht unpolitisch ist, sich aber vom Handeln politischer Parteien unterscheiden sollte. Das wissenschaftliche Streben nach Wahrheit erlaubt keine Kompromisse und Korruption. Theorie muss die Probleme an der Wurzel betrachten und damit „radikal" (lat. Radix= die Wurzel) sein. Dafür aber hat sie auch keinen Anspruch, in der Praxis befolgt zu werden, wo auch der Theoretiker pragmatisch sein muss. Deshalb stoße ich mit dieser Abschiedsvorlesung auch wieder viele von denjenigen vor den Kopf, die meine praktische Arbeit durchaus konstruktiv sehen.

Ich berichte aus meinem Leben nicht aus biographischem Interesse sondern um deutlich zu machen, wie viel ich der HWP verdanke. Sie war für mich in den 1980ziger Jahren ein Hort der Liberalität. Unter den vielen in- und ausländischen Universitäten, an denen ich studieren und lehren durfte, war die HWP eine Ausnahmeerscheinung tatsächlich gelebter Toleranz. Sie ließ nicht nur den Feminismus der Frigga Haug,

das (real-)sozialistische Völkerrecht des Norman Paech oder die Herausgabe der Werke von Marx durch Wulf Hund, Lars Lambrecht und Werner Goldschmidt, unsere Studien über die Hamburger Polizei im Dritten Reich mit Helmut Fangmann oder die Verteidigung der Tarifverträge durch meinen Freund Ulrich Zachert und den gemeinsam mit Klaus Tonner vertretenen als klassenkämpferisch diffamierten Ansatz im Verbraucherschutz zu. Wir hätten alle dafür wohl kaum eine andere akademische Heimat in einem Staat gefunden, der im Übrigen an 418 Hochschulen (davon 106 Universitäten) 1,6 Mio. Studierende u.a. in Rechts- und Sozialwissenschaft einförmig unterrichtet, die für sozioökonomische Studien in der Regel keinen Platz hat. Die HWP ermöglichte nicht nur das sondern auch dem finanzpolitischen Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion (1974-1997) Ralf Mairose, als Akademischer Oberrat seinen Lebensunterhalt ohne nennenswerten Aufwand zu verdienen und dabei gleichwohl eine linke Kaderschmiede zu behaupten.

Die HWP war keine Kaderschmiede für Gewerkschaftsfunktionäre. Es gab zwar von Seiten der Studierenden durchaus Versuche, die Inhalte von Wissenschaft zu bestimmen, zweimal zierte über mehrere Monate mein Konterfei die Wandzeitungen: in der Wandelhalle: einmal als Rassist, weil ich zwei Studierenden der kurdischen PKK keine Konserve als Semesterarbeit abnehmen wollte und einmal wegen Leistungsterror, weil ich in unserer Modellschuldnerberatungsstelle in Wilhelmsburg nur Studierende beraten lassen wollte, die eine im Studienplan nicht vorgesehene besondere Prüfung über ihre Kenntnisse bei den beiden Projektleitern ablegen würden. Dass der Kollege Wetzel sich von Feministinnen verfolgt fühlte während der Kollege Budäus, dessen Forschungen im public management den sozialökonomischen Ansatz Ortliebs[12] der alten HWP fortschrieb, einen linken Terror aus Studierenden und Präsidenten verspüren wollte, war eher Ausdruck dessen, dass sie mit den politisierenden Studenten nicht zurechtkamen und ihren Ansatz

[12] Dazu zuletzt Büdäus, D. (Hrg) Governance von Profit- und Non-Profit Organisationen in gesellschaftlicher Verantwortung, Wiesbaden 2005 (Publiziert aus Anlass der Auflösung der HWP). Im Geleitwort von WiSo-Dekan Prof. Dr. Dr. Wolfgang Weber wird diese Kontinuität zu Ortliebs Jahrbuch zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (1956) der Akademie und ihrem ordnungspolitischen Ansatz („Bekennen“) explizit hergestellt.

fast ebenso radikal für richtig hielten wie die Studierenden. Auch der öffentlich gemachte[13] Brief von Prof. Scherhorn bei seiner Wegberufung nach Stuttgart an den Hamburger Wissenschaftssenator erinnert allzu sehr an ein Zeremoniell, mit dem Professoren, die mit der verordneten neuen Drittelparität[14] an Universitäten nicht umgehen konnten und wollten, ihre Ablehnung auch an der FU Berlin jeweils beim Weggang geäußert hatten. An der HWP musste man Studierende nicht nur als Partner in den Gremien sondern auch als erwachsene, politisch experimentierfreudige Menschen aushalten – mit Meinungen, Stimmungen und Eruptionen. Scherhorn, Budäus und Wetzel haben davon ebenso wie die Berliner Professoren 1968 profitiert, wie ihre außerordentlichen Forschungsleistungen in dieser Zeit dokumentieren. Der angeblich allzu tolerante „linke" Präsident, Prof. Lothar Zechlin, einst Hamburger Juso-Vorsitzender, wurde später Universitätspräsident in Graz und dann Gründungsrektor der Universität Essen-Duisburg und wird heute in der Presse als Kandidat für die Führung von DFG oder Rektorenkonferenz empfohlen. Zur Liberalität der Alma Mater gehören Studierende, die sich engagieren, diskutieren und lernen, dass Politik etwas mit Macht zu tun hat und Macht demokratisch nur durch kollektives Handeln gezügelt werden kann. Dass deutsche Professoren hier mehr Lernbedarf in Demokratie haben als die Studierenden, zeigte sich gerade an der bis heute nicht aufgearbeiteten Vita der Gründungsprofessoren der HWP, zu denen immer noch Kontinuität beschworen wird. Der radikal gedachte Bruch 1968 wäre notwendig gewesen, blieb jedoch im Morast der Berufsverbote stecken.

Demokratische Verantwortung für Führungspositionen muss gelernt werden und zwar real, wozu die Vorlesungen nicht ausreichen. Wer mit Bildung nach oben klettert tut dies aus anderen Gründen als die Career-Services und die in der Fakultät heute verbreiteten Preisausschreiben der Arbeitgeberverbände suggerieren. Man lernt auf Kosten von Steuerzahlern und Gemeinschaft. Studium dient daher dem Wissen und

---

[13] Die Welt. v. 13.11.1976 Darin hieß es: "Der beklagenswerte innere Zustand der HWP ist das Ergebnis einer verfehlten Hochschulpolitik, die den Linksradikalen Vorschub geleistet hat und jede sinnvolle wissenschaftliche Arbeit unmöglich zu machen droht."

[14] Dazu Die Zeit Nr. 14 1972 http://www.zeit.de/1972/14/drittelparitaet/seite-2

nicht der persönlichen Bereicherung oder gar der Befriedigung individueller Machtgelüste am Arbeitsplatz. Studierende können dem Druck hier oft nicht widerstehen. Die subtile Frage, ob das gerade Gelehrte auch „klausur- oder examensrelevant" sei, stellt nicht selten die Forderung dar, nur das gelehrt zu bekommen, was die Arbeitgeber haben wollen. Dass man damit zu Instrumenten jedweder Unternehmenspolitik ausgebildet werden will, enthebt die staatlich bestellten Lehrpersonen nicht von ihrer Pflicht entgegenzusteuern und Erkenntnisgewinn wie demokratisches Denken und Handeln neben den zu vermittelnden Kenntnissen und Fertigkeiten der Managementpraxis anzubieten und auch zu fordern.

Deshalb muss man nicht nur die Mechanismen der Macht sondern auch die Möglichkeiten von Gegenmacht studieren können. Meine Erfahrung insbesondere an den juristischen Fakultäten hat mich gelehrt, dass Duckmäusertum, stromlinienförmige Anpassung, Unterwerfung und das servile wie überhebliche Grinsen, das einem abgerichteten Kellner gut ansteht, der Grund dafür sind, warum ich in diesen Fakultäten immer Atembeschwerden hatte.[15]

Die HWP war die einzige wirtschaftswissenschaftliche Bildungsstätte in Deutschland, in der Betriebsräte, Jugendvertreter, Gewerkschafter und Menschen, die ihre langjährige Berufspraxis auch noch reflektieren wollten, nicht nur die Aufnahmebedingungen des zweiten Bildungsweges für sich vorfanden. Sie bot hierzu, und das war der eigentliche zweite Bildungsweg, ein Studium, das auf deren Fragen einging und eingehen konnte. Wer das Interesse für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Frauenemanzipation, Integration von Migranten, nachhaltigen Konsum und soziale Gerechtigkeit in das Links-Rechts-Schema einordnet, verkennt, dass auch CDU-Mitglieder wie der HWP-Betriebswirtschaftsprofessor Josef Tebroke sich aus christlicher Verantwortung hierfür einsetzten, zu einer Zeit, als der SPD-Mann Dohnanyi ohne Kenntnis und Konzept mit seiner Vorstellung von Effizienz die Totenglocke für das Modell HWP läutete.

---

[15] Hierfür habe ich das geballte Unverständnis meiner Podiumsmitdiskutanten erst kürzlich wieder erleben können. Wiedergabe der Diskussion in Hof, H. (Hrg) Rechtsgestaltung - Rechtskritik - Konkurrenz von Rechtsordnungen: neue Akzente für die Juristenausbildung Baden-Baden : Nomos, 2012. S. 425

Wer den Charakter der HWP als Hochschule des zweiten Bildungsweges auf den Zugang über die Aufnahmeprüfung reduziert, hat nichts von ihrer gewachsenen Besonderheit verstanden.[16] Sie war nach 1968 zu einem Angebot gerade für diejenigen geworden, deren Fragen und Interessen aus der Berufspraxis im traditionellen Hochschulangebot so wenig Aufnahme fanden, dass sie lieber auf ein Studium verzichteten. Dass sie teilweise auch als letzte Möglichkeit für Langzeitarbeitslose und Asylbewerber genutzt wurde, war nicht der HWP geschuldet sondern den gesellschaftlichen Umständen. Sie zurück zu weisen war schwer, wollte man doch soziale Gerechtigkeit in Wirtschaft und Staat vermitteln. Da lag es für einige wohl auch nahe, den dadurch importierten Bildungsnotstand durch Angleichung von Ausbildung und Noten an deren Leistungsniveau anzupassen, statt mit kompensatorischen Maßnahmen, wie sie andere ergriffen, Chancen zu vergleichbarer Bildung auch für diese Studierenden zu vermitteln. Dazu aber musste man das kompensatorische Angebot von Lebenserfahrung und learning on the job nutzen. Hier ist viel geleistet worden. Diejenigen, die meinten, das Verschenken von Diplomen sei bereits selbst eine soziale Hilfe zur Kompensation von Ungerechtigkeit, verdeckten das Problem nach außen durch ihre akademische Faulheit. Wo Studierende weniger leisten (können) müssen die Lehrenden mehr davon bieten.

Wer 32 Jahre an der HWP „akademische Freiheit" atmen durfte, die die Sonntagsreden der Politiker Couleur schmückt, während sie tatsächlich mit dem Effizienz- und Exzellenzgerede unsere Universitäten in Dienstleistungsbetriebe der Großunternehmen und Banken verwandeln, der kann seine Asthmaanfälle in anderen Bildungsstätten verstehen.

[16] Dazu die Beiträge in Hund, W. (Hrsg) Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie - 50 Jahre HWP, Hamburg 1998

B. Managementfakultät 2012

Die HWP wurde 1948 unter dem Namen Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik (neu) gegründet. Sie diente nach den Bekenntnissen ihrer Väter Karl Schiller und Erich Klabunde der Ausbildung des Managements für den gemeinwirtschaftlichen Sektor in Deutschland, der von den Gewerkschaften von der Deutschen Arbeitsfront wieder übernommen worden war. Entsprechend dieser Ausrichtung auf gemeinschaftliche Interessen von Arbeitnehmern und Unternehmern im Staat, auf Gemeinwirtschaft und Politik, sollte sie dabei neben den beiden ökonomischen Disziplinen der BWL und VWL im Geist der Sozialökonomie der Weimarer Staatswissenschaften ein vierblättriges Kleeblatt gleichgewichtiger Lehr- und Forschungsangebote bieten, bei dem Rechtswissenschaft und Soziologie die Zielsetzung von Staat und Politik einerseits sowie Gewerkschaften und Verbraucherverbänden andererseits vermitteln sollten.

I. Betriebswirtschaft statt Sozialökonomie

Von diesem Kleeblatt ist seit der Integration in die Universität Hamburg nicht mehr viel übrig geblieben. Die Anzahl der Betriebswirtschaftsprofessuren stieg auf 17, die Professuren der anderen Disziplinen sanken auf 4 bis 6. Der Strukturentwicklungsplanentwurf 2012 sieht keine Stellen in Recht und Soziologie mehr vor. Sie werden direkt der Gesamtfakultät oder dem Fachbereich Sozialwissenschaften zugeordnet und damit aus der Interdisziplinarität der Sozialökonomie gelöst.

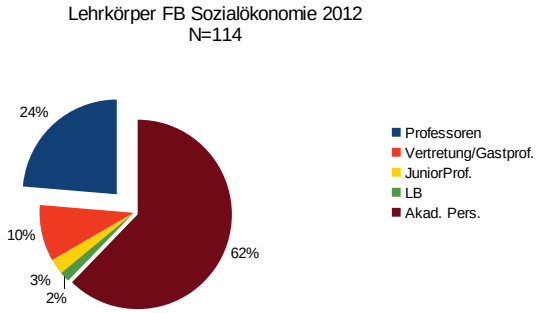
Zwei Veränderungen sind dabei auffallend:

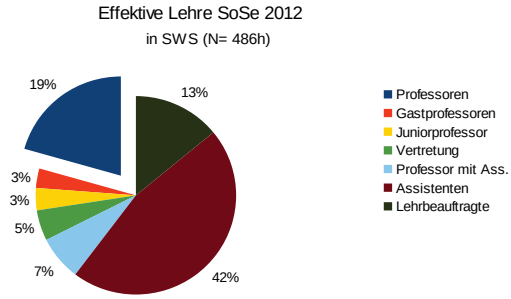
- Die BWL hat auf Kosten der anderen Fachrichtungen wie VWL, Soziologie und Rechtswissenschaften ihre Professorenstellen um ca. 50% aufstocken können, während die im Rechtsbereich auf die Hälfte reduziert wurde, von denen zudem zur Zeit nur drei besetzt sind und die anderen nach Auffassung der Dekanin dem Spartopf des Präsidenten überantwortet werden sollen.

- Das Verhältnis von Professoren und Assistenten hat sich in dramatischer Weise umgekehrt. Die BWL-Professoren vervierfachten ihr Personal.

Die Anzahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter stieg insgesamt von 16 auf 74, wovon die BWL allein 42, also im Durchschnitt drei Assistenten (inkl. anderer Angehöriger des akademischen Mittelbaus) pro Professor, erhielt. Junge Professoren mit 8 wissenschaftlichen Mitarbeitern sind in der BWL wieder möglich. Sie haben die Ordinarienuniversität nach Hamburg und zwar ausgerechnet in die HWP gebracht, die keine persönlichen Abhängigkeiten des Mittelbaus duldete.

Meine Auswertung des Lehrplans für das Sommersemester 2012 ergab, dass danach nur 19% der Lehre allein durch die Professoren gemacht wurde, während Assistenten selbständig für 42% der Lehre verantwortlich waren. 7% der Lehre war für beide ausgewiesen, was teilweise auch auf Lehre durch Assistenten hinweist. Für die 10% der Lehrenden, deren Namen nicht unter den Festangestellten war, haben wir angenommen, dass es sich um Lehrbeauftragte handelt, die damit zusammen mit den aufgeführten Lehrbeauftragten für 13% der Lehre stehen. Vertretungen durch Nicht-Professoren machten noch einmal 5% aus, Gastprofessuren und Juniorprofessoren jeweils 3%. In den Anfangssemestern ist die Situation noch weit dramatischer. Hier haben sich die Professoren weitgehend zurückgezogen. Dem stand die Tradition der HWP entgegen, wonach gerade in den Kleingruppen des Interdisziplinären Grundkurses der ersten beiden Semester Professoren aktiv sein sollten, die die Studierenden kundig in die Bedeutung interdisziplinären Arbeitens gerade in der Forschung einarbeiten sollte. Die von mir veranstalteten IGKs haben daher mit einem Projektbericht abgeschlossen, in dem die Anfangssemester zeigen konnten, dass sie praxisnah und interdisziplinär in die Wissenschaften eingeführt werden können.





Während der Wissenschaftsrat[17] und die OECD[18] empfehlen, den Mittelbau zu streichen und qualifizierte professorale Lehre anzubieten, hat die WiSo-Fakultät ca. 2/3 der Lehre auf noch nicht qualifizierte junge

---

17 Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu einer lehrorientierten Reform der Personalstruktur an Universitäten Drs. 7721-07 Berlin, 26.1.2007 S.44: „Nicht akzeptabel ist es, Stellen mit einem Aufgabenprofil, das erkennbar nur geringe Chancen auf Anschlussbeschäftigung (im Wissenschaftssystem und außerhalb) erwarten lässt, befristet zu besetzen. Eine verstärkte Beschäftigung vorhandener Nachwuchskräfte in der Lehre ist nur innerhalb klarer Grenzen sinnvoll." (vgl. hierzu ausführlicher Abschnitt B.III.4.). Und S.47 „Die Qualifizierung der Doktoranden erfolgt durch eine eigenständige Forschungsleistung. Diese darf unter dem Engagement in der Lehre nicht leiden. Promovierende sollen daher im Regelfall max. 2 SWS Lehre übernehmen."

18 OECD 2008: Tertiary Education for the Knowledge Society. Volume 1 and 2 zusammengefasst in Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 207 Arbeitsplatz Hochschule und Forschung für wissenschaftliches Personal und Nachwuchskräfte Januar 2010 S.106 ff

Absolventen verlagert, die mit mehr als 6 – 16 Semesterwochenstunden überfordert sind. Übernehmen sie auch noch vertretungsweise die Lehre ihrer Professoren, so schmälert dies weiter den Anteil qualifizierter Lehre. Sozialökonomie wird dann in einer Universität durch Dozenten unterrichtet, deren Qualifikation im Gymnasium, wo immerhin noch ein zweites Staatsexamen verlangt wird, nicht ausreichen würde. Lehre als Vermittlung von Wissenschaft, Interdisziplinarität und Forschung ist entscheidend reduziert. Zudem wird den wissenschaftlichen Mitarbeitern die Chance zur Qualifikation durch eigene Forschung genommen. Auch die Akkreditierungsbedingungen der Stiftung zur Akkreditierung von Studiengängen in Deutschland sowie die Anforderungen, die das Bundesverfassungsgericht an wissenschaftliche und damit professorale Lehre stellt, werden dadurch gefährdet.[19] Das Streben nach Geldmitteln, abhängigem Personal, besserer Ausstattung und Macht, die die Managerperspektive der BWL in den Wissenschaftsbetrieb einbringt, würde die Kontrolle der historisch gewachsenen Wissenschaften wie Jura, Volkswirtschaftslehre und Soziologie benötigen. Dass mit einer Personalpolitik, die sich um Hausmacht sorgt, kein inhaltliches Konzept mehr eine Chance hat, ist den Politikern wie Managern geläufig. Wissenschaft braucht, wie die historischen Beispiele zeigen, nicht erst seit Galilei Individualisten, Querdenker und Non-Konformisten.

II. Ressourcenverteilung

Motor ist die Ressourcenverteilung, die bei der Auflösung und Umgestaltung der HWP in eine Managementschule eine entscheidende Rolle spielt. Es gab in den letzten Jahren viel zu verteilen. Angefangen von Stellen, Assistenten, neuen Räumlichkeiten und Ausstattungen bis hin zum ungeregelten Reptilienfonds aus Studiengebühren. Das Zustandekommen der verschiedensten Versionen des Strukturentwicklungsplans, der alles Wesentliche in den mehrfach intransparent veränderten Tabellen im Anhang enthält, ohne dass für die Stellenzuordnung und Be-

---

[19] BVerfG Urteil vom 14. Februar 2012 BvL 4/10: Presseerklärung: "Die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe W 2 werden den hohen Anforderungen an den akademischen Werdegang und die Qualifikation der Inhaber dieser Ämter ebenso wenig gerecht wie den vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben in Forschung und Lehre sowie administrativer Art, die mit dem Professorenamt verbunden sind."

schreibungen ein Gesamtkonzept erkennbar war, ließen für die Orientierung an Wissenschaft und Forschung nur wenig Raum. Auch in der *leistungsorientierten Mittelverteilung* (LOMI) kamen, wie der Hochschulrat jetzt rügte, statt der geforderten 10% nur 2% zur Verteilung. Dass ein Betriebswirt Punkte für bis zu 36.000 € Ausstattung, ein Jurist nur für 3.500 € Punkte zugewiesen bekam, weil man die juristischen Publikationen und Forschungsmittel als nicht einschlägig bezeichnete, zählt zu den Merkwürdigkeiten. Die deutliche Allokation von Ausstattungen bei den überwiegend nur noch kooptierten Mitgliedern der Gremien hat Gerichtsprozesse und Gerüchte hervorgerufen, die bisher keinen Abschluss gefunden haben. Aufstockung von Verträgen, persönliche Assistenten, Lehrbefreiungen für Gremiendienste statt für Forschung, exzessive Raumzuweisungen, Unsummen für eine angebliche Drittmittelakquisition erklären sich nicht von selbst. Wenn ein junger Betriebswirtschaftsprofessor, der in den wenigen Jahren seiner Karriere als Hochschullehrer praktisch bereits alle Funktionen vom Dekan über akademischen Senat, Fakultätsrat, Fachbereichssprecher, Fachgebietssprecher und Berufungskommissionsvorsitzenden besetzt hat, über die Ausstattung eines Weltstars der Wissenschaften verfügt, während man einem älteren Professor nach 40 Jahren Forschungserfahrung, internationalen Verbindungen, Gastprofessuren, Millionen Drittmitteln, Hunderten von Publikationen in verschiedenen Sprachen und Disziplinen jede Ausstattung verweigerte, dann fällt es schwer die neue Struktur der Hamburger Universität als Bekenntnis zum Leistungsprinzip zu werten. Der Schlüssel zur Umgehung des Leistungsprinzips sind dabei die Bleibe- und Berufungsverhandlung. Man kann sie beliebig oft wiederholen und dabei beliebig viele Mittel verteilen. Dort herrscht das Marktprinzip. Man muss den Professor gewinnen oder halten, koste es was es wolle. Doch der Markt ist hier eine Fiktion. Professoren sind unkündbar. Ihre Gehälter sind normiert. Es gibt auch keinen Markt, der ihre Leistung bewerten könnte. Selbst in marktähnlichen Situationen wie bei den Drittmitteln dominiert in Deutschland ein Monopol, die Deutsche Forschungsgemeinschaft, der Nachfrager zu den Entscheidern auf der Angebotsseite macht und damit die Bildung von Nachfragekartellen ohne Überprüfungsmechanismus befördert. Persönliches Interesse und Forschungspolitik gehen darin eine oft unentwirrbare Allianz nach dem Motto ein, gibst Du mir mein Projekt, gebe ich Dir Dein Projekt. Immerhin sitzen dort noch Fachleute, auch wenn es bis

heute kein Gremium für interdisziplinäre Kompetenz und Forschung gibt. In den Bleibeverhandlungen dominieren Wissenschaftsmanager, die den Wert eines Kandidaten unkontrolliert festlegen können. Damit kann die Abwanderungsgefahr kritiklos unterstellt, die Bewerbung auf fremde Listen fiktiv gehandhabt zur Aufwertung benutzt werden und letztlich das sachfremde Kriterium der Verstärkung der eigenen Hausmacht Platz ergreifen.

Letztlich wird der Rest an Wissenschaftsgarantie in einer Managementschule den Betriebswirten überlassen, die in Verwaltung und Lehre das Unternehmen Universität regieren. Betriebswirte, die nicht einmal spontan sagen können, was Wirtschaft ist, die sich für Arbeitsrechtler halten, wenn sie die Kosten des Kündigungsschutzes berechnet haben, oder mit CSR und Compliance die Bedeutung von Recht, Volkswirtschaft und Soziologie für Wirtschaft und Gesellschaft erschöpft sehen, gefährden diese Wissenschaften eher durch Nicht-Wissen als durch gezieltes Tun.

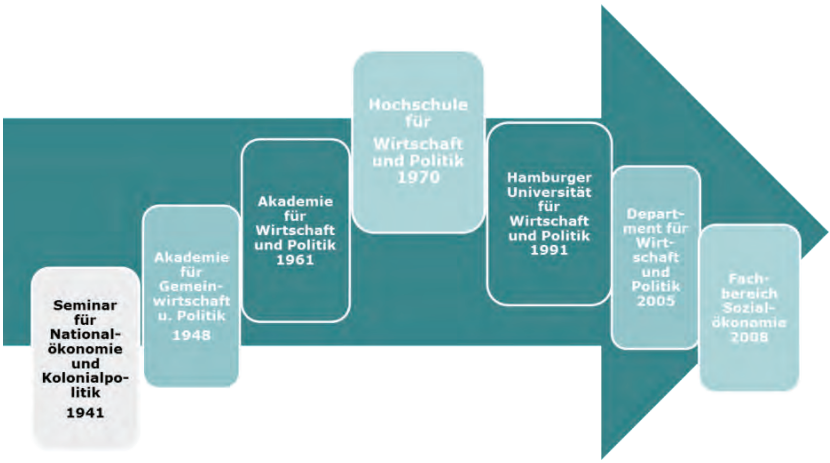
Aus der HWP wurde ohne Veränderung der Studienpläne allein durch Personal- und Ressourcenpolitik eine Managementschule. In den neuen Studienschwerpunkten und Lehrplänen werden Forschung und Lehre an die Personalstruktur angepasst. Gelehrt wird was vorrätig ist. Statt Forschungsschwerpunkte zu entwickeln werden in einem einzigen Begriff „*Governance*" Personen zu Gruppen gefügt, deren Zusammenwirken sich oft in der gegenseitigen Unterstützung ihrer Einzelinteressen erschöpft. Traditionelle Schwerpunkte wie Mittelstandsforschung, Verbraucherschutz, betriebliche Mitbestimmung, Arbeitsrecht, Public Management, Finanzierung oder Wirtschaftsinformatik, anerkannte Stärken der ehemaligen HWP, wurden dadurch verdrängt. Internationalität verliert den kulturellen Aspekt und beschränkt sich auf die transnationalen Strukturen großer Unternehmen, die eher eine Alternative zum kulturellen Reichtum darstellen.

Das interdisziplinäre Grundstudium wird in seine Bestandteile aufgelöst und durch Multidisziplinarität ersetzt. Die Eindimensionalität einer an betrieblicher Effizienzsteigerung ausgerichteten BWL kann dann damit leben, dass sie ihre Studierenden nur noch zu unbegleiteten Ausflügen in fremde Welten der Geistes- und Sozialwissenschaften entlässt.

C. Aufstieg und Niedergang der HWP

War dies vorhersehbar? Meine Antwort mag überraschen. Die HWP ist nicht abgestiegen. Sie kehrt dorthin zurück, wo sie von der Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik 1948 herkam: zu den Managementbedürfnissen von Unternehmen. Der Unterschied war, dass anders als heute, diese Abnehmer formal in der Hand der Gewerkschaften waren, die mit der Bank für Gemeinwirtschaft, der GEG/Coop AG, der Neuen Heimat (NHH) und der Volksfürsorge ihr eigenes Wirtschaftsimperium erhalten hatten. Die HWP hat danach sechsmal ihren Namen gewechselt. Das war nicht zufällig. *Gemeinwirtschaft* wurde 1961 durch *Wirtschaft* ersetzt, die Akademie musste 1970 der Hochschule und 1991 der Universität im Namen weichen und mit der erneuten Herabstufung in der Universität Hamburg zum Department folgte 2008 dann ein nur noch inhaltlich bestimmter Fachbereich Sozialökonomie. Dessen „Sozialökonomie" sollte ohnehin nur noch für den Bachelor gelten und damit auf Fachhochschulniveau sinken, während das Diplom für Sozialökonomie 1991 gerade für den wissenschaftlichen Aufbaustudiengang (damals Universitätsdiplom) geschaffen worden war.

Wir sehen daher erst einen Aufstieg der HWP im Jahre 1970, als das Studium im Zuge der 68ziger von den Zwängen konkreter Unternehmensanforderungen zu einer wissenschaftlichen Hochschule befreit wurde. Die Widmung zur Universität war für uns der Beginn eines erneuten Abstiegs, bei dem mit Etikettenschwindel ohne ausreichende Investitionen in akademisches Personal Gleichheit zu Forschung, Lehre und Personal der Universitäten vorgetäuscht wurde. Die Phase ab 2005 brachte die HWP auch formal zurück zur unwissenschaftlichen Managementakademie innerhalb einer WiSo-Fakultät.



I. Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik (1948-1966)

Über die Gründung der HWP zirkulieren viele Geschichten, die mit den Problemen der Hamburger SPD verbunden sind, die mit Karl Schiller, Helmuth Schmidt und Klaus von Dohnanyi auch die Bundes-SPD nachhaltig mitbestimmt hat. Die Alumni-Organisation fasst ebenso wie die Universität, die die Passagen übernommen hat, das gängige Bild wie folgt zusammen: „Nach dem Zweiten Weltkrieg regen die Gewerkschaften und Genossenschaften bei der damaligen Hamburger Stadtregierung die Gründung einer Akademie an, die Führungsnachwuchs für die Gemeinwirtschaft ausbilden soll. Am 1. November 1948 ist es soweit. Der Studienbetrieb beginnt mit 71 Frauen und Männern in einer alten Villa in der Mollerstraße im Hamburger Viertel "Rotherbaum". Von Beginn an werden auch Personen ohne Abitur zum Studium zugelassen. Grund dafür ist die Annahme, dass auch Berufsausbildung und Berufserfahrung zum Studium befähigen können. Den Beweis dafür müssen die "Nicht-AbiturientInnen" in einem Eingangstest erbringen. Mit der "Akademie für Gemeinwirtschaft" ist der Grundstein für die spätere HWP gelegt.“

Die Realität ist komplexer.[20] Die Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik wurde seit 1946 im Wesentlichen durch den späteren Bundeswirtschaftsminister Prof. Karl Schiller betrieben, der nicht nur das Konzept, die kommissarische Führung bis Oktober 1948 sondern, wie v. Borries-Pusback akribisch dokumentiert[21], bis weit in die fünfziger Jahre praktisch jeden neu berufenen Professor selber auswählte und sogar durch Gutachten entnazifizierte.[22] Ziel war es offiziell, einen Führungszirkel für die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu schaffen. Tatsächlich wurden hier auch Stellen für ein existentes Netzwerk an Professoren geschaffen. Neben Schiller wirkte Erich Klabunde mit, der von 1939 bis 1945 im Reichswohnungsbauministerium wirkte, nachdem er zunächst bei den Vorläufern der NHH war. Als Fachmann für die Wohnungsbaugenossenschaften führte er damals die Hamburger SPD-Fraktion an und sah sich ausweislich der Dokumente selbst mit Schiller als späteren Leiter der Akademie.

Die gedachten[23] Abnehmer dieser Führungskräfte waren Unternehmen, die erhebliche strukturelle wie personelle und auch ideologische Kontinuität zum dritten Reich aufwiesen. Ihre „Gleichschaltung" nach Auflösung der Gewerkschaften 1933 durch Überführung in das Wirtschaftsimperium der Deutschen Arbeitsfront führte 1945 nur formal zu einer Rückkehr zur ursprünglichen Gestalt. Spätestens 1958 hatten sie

---

[20] Ausführlich dazu v. Borries-Pusback, B. Keine Hochschule für den Sozialismus - Die Gründung der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg 1945-1955, Leske, Hamburg 2001. eine verdienstvolle Kleinarbeit mit vielen Interviews und Quellenforschung, die allerdings teilweise die Flut der Informationen über SPD, DGB, hamburger und westdeutsche Entwicklungen als implizit zusammenhängend darstellt und damit letztlich keine Linien erkennen lässt. War die durchaus dargestellte Kontinuität zur Nazi-Gesellschaft prägend, unumgänglich, wegen des Mangels an qualifiziertem Personal? Die Darstellung von Hilger, M.-E. Das Sozialökonomische Seminar (SÖS), in: Krause, E. /Huber, L. Fischer, H. (Hg) Hochschulalltag im "Dritten Reich": Die Hamburger Universität 1933-1945, Berlin/Hamburg 1991 S. 953 ff erzählt dagegen eher Geschichten als Geschichte.

[21] a.a.O. S. 184, 197 (Ortlieb)

[22] a.a.O. S. 293 (Jantke)

[23] Wie eine Aufstellung ihres Rektors Ortlieb1958 zeigte, ging ein Drittel in den gemeinnützigen und genossenschaftlichen Sektor. Die Gewerkschaften hatten 15% abgenommen. Der Rest ging in die freie Wirtschaft. Ortlieb, Rechenschaftsbericht in: Dahrendorf, R./Ortlieb, H.D. (Hrg.) Der zweite Bildungsweg im sozialen und kulturellen Leben der Gegenwart - Zum zehnjährigen Bestehen der Akademie für Gemeinwirtschaft, Heidelberg 1959 S. 15

den Konzentrationsgrad wieder eingenommen, den ihnen die Nazi-Zeit verschafft hatte. So behielt die Volksfürsorge ihren Namen bei, die Neue Heimat übernahm den Namen, den sie 1939 erhalten hatte, und die Bank für Gemeinwirtschaft knüpfte deutlich an dem Zusammenschluss der Gewerkschaftsbanken in der *Bank der Deutschen Arbeit* an.

Tabelle 1: Gemeinwirtschaftsunternehmen im Nationalsozialismus

Unternehmen/ Zeit	Vor 1933 (ADGB): *Wirtschaftsdemokratie*	1933 - 1945 (DAF): *Betriebsgemeinschaft*	Nach 1945 (DGB): *Gemeinwirtschaft*
Bank	Gewerkschaftseigene Banken z.B. Deutsche Kapitalverwertungs GmbH Berlin 1923	Bank der Deutschen Arbeit (DAF)	Gewerkschafts-banken; ab 1958 dann wieder Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) (bis 1987) (*Walter Hesselbach*)
Einzelhandel	Großeinkaufs-GmbH Deutscher Consumvereine (GEG) 1894 Hamburg mit 60 Produktionsbetrieben	Reichsbund der deutschen Verbrauchergenossenschaften GmbH (GEG), ab 1935 Deutsche Großeinkaufs-Gesellschaft mbH (Deugro); in Hamburg „Niederelbische Verbrauchergenos-senschaft (DAF)	GEG später Coop (bis 1993) (*Bernd Otto; Oswald Paulig*))
Wohnungsbau	DEWOG mit Tochterunternehmen (z.B. Gemeinnützige Kleinwohnungsbaugesellschaft Groß-Hamburg (GKB))	DEWOG Ab 1939 „Neue Heimat“ (NHH)	Neue Heimat (NHH) bis 1986 (*Albert Vietor*) s.a. „Gewog/NHH“ Österreich
Versicherung	Volksfürsorge Lebensversicherungs AG	Volksfürsorge Deutsche Arbeitsfront (größte Versicherung)	(Alte) Volksfürsorge Versicherung (bis 1988) (*Werner Schulz*)

Aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes haben wir gelernt, dass der Antikommunismus im

ADGB vor 1933 zu einer Entpolitisierung der Juristen im Gewerkschaftsapparat geführt hatte, wodurch personelle Kontinuität vor und nach 1933 ebenso wie nach 1945 zur Deutschen Arbeitsfront wenig Aufsehen erregte. Dies galt auch für die ganze Arbeitsrechtswissenschaft, deren Spitzen und Ideologien mit Nipperdey, Hueck, Siebert und Dietz über drei Regime konstant blieben.[24] Auch die Ideologien des *Rechtsfriedens*, mit denen ein Teil der SPD sich von den sozialistischen Konzepten der oppositionellen roten Gewerkschafter und KPD absetzte, waren kaum geeignet, der späteren Rechtsbetreuungsideologie in der Deutschen Arbeitsfront entgegenzutreten.[25]

Ähnliche Kontinuitäten liegen für den Bereich der gewerkschaftlichen Unternehmen nahe. Das 1925 von Fritz Napthali entwickelte SPD-Modell einer Wirtschaftsdemokratie löste das Konzept der Wirtschaftsverwaltung von der Politik ab. Der unpolitische Manager konnte dem militanten Gewerkschafter auch innerhalb der Organisation entgegengehalten werden. Dem entsprach eine am Gemeinschaftsgedanken orientierte Wirtschaftslehre, die als *Sozialökonomie* zu einem eigenen Zweig einer gemeinschafts-soziologischen Wirtschaftswissenschaft wurde. Der Schritt der Gewerkschaftsunternehmen in die Unternehmen der Deutschen Arbeitsfront war daher ebenso wie der Schritt der gewerkschaftlichen Rechtsberatung in die NS-Rechtsberatung weniger gravierend als man heute anzunehmen geneigt ist.

Alle diese Gewerkschaftsunternehmen sind in mysteriöser Weise fast gleichzeitig zwischen 1986 und 1993 zusammengebrochen. Die Chefs von Coop und NHH, Otto und Vietor, mussten ins Gefängnis. Alle Unternehmen waren in hohem Maße korrupt geführt worden und hat-

---

[24] Dazu die Beiträge von Wahsner und Michel in Reifner, U. (Hrsg) Das Recht des Unrechtsstaates - Arbeitsrecht und Staatsrechtswissenschaften im Nationalsozialismus, Campus: Ffm 1981

[25] Reifner, Gewerkschaftlicher Rechtsgebrauch - Die Geschichte des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes und der Rechtsberatung der Deutschen Arbeitsfront von 1894 bis 1945; Wissenschaftszentrum Berlin 1979 (IIM-dp 79-103); ders. Individualistic and Collective Legalization - Two Ways of Legal Advice for Workers in Prefascist Germany; In: Abel (Hrsg.), Informal Justice New York 1980, 81 ff; ders. NS-Rechtsbetreuungsstellen und die Rechtsberatung der Deutschen Arbeitsfront - Theorie und Praxis sozial befriedender Rechtsberatung in ders. (Hrsg) Das Recht des Unrechtsstaates - Arbeitsrecht und Staatsrechtswissenschaften im Nationalsozialismus, Campus: Ffm 1981 S.178 - 210

ten meist durch persönliche Bereicherung jeden Marktwert verloren, so dass sie mit Mitgliederbeiträgen der Gewerkschaften überhaupt erst übertragbar gestaltet werden konnten. Der revidierte Verkauf der NHH für 1.- DM an einen Bäcker beschäftigte die Öffentlichkeit nachhaltig.[26] Es hätte nahe gelegen, die Nachwirkungen der für den Faschismus so typisch korrupten Kumpanei und Bereicherungsstruktur der DAF-Wirtschaft auch in den Nachfolgeunternehmen aufzuspüren und für deren Korruption verantwortlich zu machen. Bis heute ist dies aber nicht geschehen.

Damit kann die merkwürdige Zusammensetzung der Gründungsprofessorenschaft in der Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik nicht mehr so überraschend sein.[27] Die Akademie wirkte auch bei näherem Hinsehen eher als Zufluchtsstätte untereinander verbundener teilweise noch vom Berufsverbot der Alliierten betroffener NS-belasteter Professoren. Man hätte vermuten können, dass im Widerstand oder Exil bewährte Wissenschaftler wie Wolfgang Abendroth (Jurist), Ernst Fraenkel (Jurist, Politologe)[28], Franz Neumann (Jurist), Werner Hofmann (Soziologe) oder jüdische Emigranten gefragt worden wären.[29] Stattdessen findet man eine Professorenschaft vor, deren Beziehungen zum NS-Regime einerseits sowie untereinander eine Logik zeigt, die derjenigen der Unternehmen der DAF nahe stand und auch in der Privatwirt-

---

[26] DER SPIEGEL 40/1986 - Neue Heimat: Das wird mächtig reinhauen www.spiegel.de/spiegel/print/d-13521347.html vom 29. Sept. 1986

[27] Eine interessante Parallele besteht zur Geschichte der Sozialforschungsstelle Dortmund, die 1946 gerändet dieselben Namen wie in Hamburg (Schlesky, Jantke) aufweist und die gleichen Kontinuitätsprobleme diskutiert. Dazu Jens Adamski, Ärzte des sozialen Lebens. Die Sozialforschungsstelle Dortmund 1946-1969. Institut für soziale Bewegungen - Schriftenreihe A: Darstellungen 41, Essen 2009 http://de.wikipedia.org/wiki/Sozialforschungsstelle_Dortmund

[28] Der Hamburger Wissenschaftssenator Landahl hatte vorgeschlagen, Fraenkel zu fragen. Schiller griff dies nicht auf. (v. Borries-Busback a.a.O. S. 185).

[29] Von den 1933 als aus dem Sozialökonomischen Institut der Fakultät für Rechts- und Staatswissenschaften der Universität Hamburg vertriebenen jüdischen Professoren hatte sich Siegfried Landshut vergeblich über die englische Militärverwaltung angeboten. Auch der später so gefeierte Eduard Heimann hatte zunächst vergeblich in einem Schreiben an Flittner vom 15.2.1946 (Archiv der Universität Hamburg) um eine Anstellung gebeten. Schiller, der bereits im November 1946 an die Universität Hamburg berufen wurde, wusste wen er wollte und wen er nicht wollte.

schaft Beispiele hatte.[30]

Initiatoren der Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik waren Prof. Karl Schiller, die ersten Hochschullehrer die Professoren Ortlieb, Schelsky, Seischab und Mackenroth, sowie der einzige Jurist Capelle. Die Verbindung der übrigen zum Thema Unternehmensmanagement lag ähnlich wie bei Höhn in den Erfahrungen mit der Eroberungswirtschaft. So leitete Karl Schiller "ab 1940 eine Arbeitsgruppe am Institut für Weltwirtschaft, die Gutachten für das Oberkommando der Wehrmacht verfasste und damit die Kriegführung unterstützte."[31] An diesem Institut mit seiner Außenstelle in Hamburg war er auch noch 1946 tätig.

In dem im Jahre 1937 in Vorbereitung auf die *Landnahme*, wie die Nazis es nannten, gegründeten Kolonialinstitut am Sozialökonomischen Seminar der Hamburger Universität sowie dem entsprechenden Institut für Weltwirtschaft an der nationalsozialistischen Grenzlanduniversität Kiel[32] hatte sich Ortlieb mit einer Arbeit über "Eingeborenenernährung und Ernährungspolitik im tropischen Afrika" habilitiert. Er schrieb 1938 über „Das Rentabilitätsprinzip als wirtschaftsregulierender Faktor und sein Bedeutungswandel in der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung mit besonderer Beachtung des landwirtschaftlichen Sektors." Der HWP-Professor Mattfeldt[33] hat dessen Schriften analysiert und in dessen Dissertation den "Dienst an der Volksgemeinschaft" (S. 1008), den "Lebens- und Entfaltungswillen der Nation" im Faschismus

---

[30] 1956 wurde dort die Führungsakademie der Deutschen Wirtschaft in Bad Harzburg unter Leitung des ehemaligen Mitarbeiters der Reichsführung der SS Prof. Dr. Reinhard Höhn aufgebaut. Im „Harzburger Modell", das die Führungsideologie deutscher Unternehmen nach 1956 prägte, nutzte der *entnazifizierte* Höhn, der seine Erfahrungen aus der wissenschaftlichen Beratung bei der SS-*Verwaltung* von Kolonien gesammelt hatte, das Modell der militärischen Verwaltung von besetzten Gebieten für die Charakterisierung betrieblicher Führung. (dazu http://grundrechteforum.de Nr. 1726)

[31] Torben Lütjen: Karl Schiller (1911-1994) S.70: "eine mehr als nur zufällige Schnittmenge mit den Ideen der Nationalsozialisten""

[32] Nach Wikipedia: „Bis 1945 fertigte das Institut weltwirtschaftliche Analysen an, die für die Kriegsplanung Deutschlands und seine wirtschaftlichen Implikationen, wie Zugang zu Rohstoffen und die geopolitische Bedeutung von Gebieten, die der Nationalsozialismus zu seinem „Großraum" zählte, von Wichtigkeit waren."

[33] Mattfeldt, H. (seit kurzem emeritierter Professor der HWP) Nationalsozialistischer Einfluß auf die Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, in Krause et alt. a.a.O. S. 991 ff, 1008

sowie die Pflege eines "gesunden, arischen und überlebensfähigen Volksorganismus" als Leitideen einer völkischen Sozialökonomie gefunden. Ortliebs Habilschrift wiederum sollte der "Wiederaufnahme eigener kolonisatorischer Arbeit" (S. VII) dienen. "Die Herrschaft des weißen Mutterlandes (sollte in Afrika U.R.) niemals in Zweifel" gezogen werden. [34]

Karl Schiller, Mitglied von SA, NSDAP (Ortsgruppenleiter Kiel) und NS-Hochschullehrerbund war von 1935 bis 1941 am Institut für Weltwirtschaft in Kiel mit ähnlichen Themen beschäftigt. Bei ihm habilitierte Mackenrod, Mitglied der NSDAP und SA sowie Unterzeichner des frühen Aufrufs für Hitler in der deutschen Professorenschaft. Schiller entnazifizierte 1953 mit einem verniedlichenden Gutachten Carl Jantke, der als vor 1933 eingeschriebenes Parteimitglied aus der Verbindung der Königsberger Handelshochschule [35] gegen den Protest aus der SPD zum Nachfolger Schelskys berufen wurde.[36] Mackenrod und Schelsky, letzterer Mitglied von SA (1932!), NSDAP und NS-Studentenbund, hatten es geschafft, sich beide an die von der SS geführte neue nationalsozialistische Universität im besetzten Straßburg [37] berufen zu lassen. Schelsky[38] war bei den NS-Soziologen Gehlen und Freyer [39] in die Leh-

---

[34] Mattfeldt a.a.O. S. 1009ff

[35] Zu Jantke vgl. Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik von Michael Grüttner (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte; Band 6) 2004 "Carl Jantke"; Christian Tilitzki "Wie ein versunkenes Vineta - Die Königsberger Universität im Zusammenbruch des Reiches. Teil III und Schluß", Ostpreußenblatt v. 16.10.1999; Budrass, L. „Ein Lehrstuhl für die Geschichte der Zukunft“ Zur Gründung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum in: Kwiatkowski, Iris; Oberweis, Michael (Hg.): Recht, Religion, Gesellschaft und Kultur im Wandel der Geschichte. Ferculum de cibis spiritualibus. Festschrift für Dieter Scheler, Hamburg 2008, S. 483 ff (S.18 des .pdf)

[36] v. Borries-Pusback a.a.O. S. 293

[37] Elisabeth Crawford /Josiane Olff-Nathan La science sous l'influence: l'Université de Strasbourg – enjeu des conflits franco-allemands 1872 - 1945 Strasbourg : La Nuée Bleue, 2005

[38] Sein gesamter Nachlass mit der Korrespondenz, die die alten Beziehungen der NS Zeit fortsetzt, ist zugänglich über die Universität Münster http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-5629/findliste_schelsky.pdf

[39] Dazu Waßner, R. Wege zu einer professionellen Auffassung der Soziologie. Die Kontinuität der Soziologie-Fachgeschichte am Beispiel des Seminars für Soziologie der Hamburger Universität, in Krause et alt. a.a.O. S. 1017 ff.

re gegangen. Er schrieb 1934 „Wahrer [National-]Sozialismus ist es, Leute, die für das Volk ihre Leistung nicht erbringen oder es gar schädigen, auszuschalten oder sie sogar zu vernichten. Eine sozialistische Tat ist so zum Beispiel die Unfruchtbarmachung von unheilbar belasteten Menschen.“ Auch in der Bank-Betriebswirtschaftslehre fand man in Seischab noch einen überzeugten Nationalsozialisten, der bei Hans Niklisch, dem frühen Verfechter der NS-Volksgemeinschaftsideologie, promoviert hatte und ihn weiter verehrte. Seischab machte 1940 in Breslau und dann an der Handelshochschule Königsberg im Jahre 1944 (!) Karriere. Damit gab es bei überwiegend nationalsozialistischem Gleichklang zwei sich überschneidende Verbindungslinien bzw. *Seilschaften*: Kiel/Hamburg für Schiller, Ortlieb, Mackenrod; Königsberg/Straßburg für Schelsky, Seischab, Mackenrod, Jantke und Capelle. Schiller und Schelsky waren wohl die zentralen Figuren.

Karl Schiller, der in der SPD Zuflucht gefunden hatte, erreichte bereits im November 1946 seine Berufung als Professor an die Hamburger Universität, nachdem er sich[40] 1947 im Tandem[41] mit Erich Klabunde von den Gewerkschaftsunternehmen [42] die beiden zentralen Wirtschaftsgutachten für die Zukunft Hamburgs sichern konnte. 1948 war er bereits mit Unterstützung der Hamburger Wirtschaft Wirtschaftssenator und hatte eine erstaunliche Machtfülle. Dass viele der von ihm Eingeschleusten vom Dienst suspendiert waren, konnte er überwinden. Alle fanden in der Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik einen unverdächtigen Unterschlupf, von dem aus sie bemerkenswerte Karrieren in die Spitzen der Wissenschaft in der Bundesrepublik starten konnten. Sie passten zur Management-Akademie der Gemeinwirtschaft, die vom Bedarf der Unternehmen ausging.

---

[40] Karl Schiller, Denkschrift zur künftigen wirtschaftlichen Entwicklung Hamburgs im Auftrag des Senats der Hansestadt Hamburg, erstattet von der Gutachterkommission Hamburg 1947 dazu v. Borries-Pusback a.a.O. S. 101 ff

[41] Vgl. auch Karl Schiller, Erich Klabunde zum Gedächtnis, Neues Hamburg 1951 S. 64f

[42] Erich Klabunde, Das Hamburger Sozialisierungsgutachen, 1.Teil Hbg. 1947

Tabelle 2: Gründungsprofessoren der Akademie für Gemeinwirtschaft im Nationalsozialismus

Name	Organisation	Universitäten/Institute	Äußerungen NS Zeit	Nach 1945 bzw. Akademie f. G.
Karl Schiller VWl Initiator	SA, NSDAP-Ortsgruppenleiter Kiel, NSHB, NSRB	Universität Hamburg, Institut für Weltwirtschaft Kiel	Dissertation "Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung." Nach Schiller eine "finanz- und konjunkturpolitische Untermauerung der nationalsozialistischen Arbeitsbeschaffung"	SPD Senator, Finanz- und Wirtschaftsminister etc.
Helmut Schelsky, Soziologie	SA, NSDAP, NS-Studenten	Hh Königsberg 38-40 Leipzig 42 Ruf Uni Straßburg 43	1934 „Wahrer [National-]Sozialismus ist es, Leute, die für das Volk ihre Leistung nicht erbringen oder es gar schädigen, auszuschalten oder sie sogar zu vernichten. Eine sozialistische Tat ist so zum Beispiel die Unfruchtbarmachung von unheilbar belasteten Menschen."	Universität Münster, Planungsbeirat NRW Hochschulen; Anti-68ziger
Hans Seischab, BWL	?	Handelshochschule Königsberg 1944 (Rektor)	Promovent und Laudator Hans Niklisch; Habil. *Funktionen und Wertumlauf der Banken* 1938	Universität Hamburg
Heinz-Dietrich Ortlieb, VWL	?	37-41 Kolonialinstitut der Uni Hamburg	"Eingeborenenernährung und Ernährungspolitik im tropischen Afrika" ; „Das Rentabilitätsprinzip ... in der nationalsozialistischen Wirtschaftsordnung ..."	Direktor HWWA Hbg, Mitbegründer Bund Freiheit Wissenschaft
Gerhard Mackenroth, Statistik	NSDAP, SA,	Habilitant b. Schiller; Uni Kiel, Uni Straßburg	Aufruf für Hitler 1934; vgl. auch Henßler: Rassenparadigma und Sozialhygiene in Gerhard Mackenroths wissenschaftlichen Arbeiten und Vorlesungen der Jahre 1933 – 1943. HSR 31 (2006), 101ff	Uni Kiel, Entnazifizierung 1948, DFG, Berater BM Arbeit ab 1954
Carl Jantke Soziologe	NSDAP, 1932	Seit 1940 Dozent Hh Königsberg	Reichserziehungsministerium, Telegramm 9.3.1945 „zur beliebigen Verwendung", HWP ab 1953 Nachfolge Schelsky	1946 Sozialforschungsstelle Dortmund
Karl-Herrmann Capelle Jurist		Uni Hbg, Hh Königsberg ab 1941	Promotion 1939; Syndikus Uni Hbg 1936f; 1939-41	1948 – 1968 HWP

Mit der als Vorbild gern zitierten gewerkschaftlichen *Akademie für Arbeit* in Frankfurt, die 1923 durch den Sozialisten und Vater des kollektiven Arbeitsrechts, Prof. Hugo Sinzheimer als „erste deutsche Hochschule für das Volk der Arbeit" gegründet wurde, hatte das Werk Karl Schillers in Hamburg bei seiner Gründung wenig zu tun. Eher finden sich Parallelen zur späteren Gründung der *Sozialakademie Dortmund*.

II. Hochschule für Wirtschaft und Politik (1967-1987)

Aus der Akademie für Gemeinwirtschaft und Politik wurde im Tauwetter der 68ziger eine neue Hochschule für Wirtschaft und Politik.[43] Als ich mich 1980 vermittelt über meine Lehraufträge an der ähnlich strukturierten Berliner Fachhochschule für Wirtschaft unter Edgar Uherek an die HWP beworben hatte, fand ich ein Klima persönlicher Wärme, wissenschaftspolitischen Aufbruchs, der Ablehnung skalarer Herrschaft und vor allem den Willen zu einem interdisziplinären Zuhören und Lernen vor, das ich nirgends mehr so erlebt habe. Meine Doppelqualifikation in Recht und Soziologie, die Fokussierung auf Wirtschaftsrecht und Verbraucherschutz vermittelten mir diese einzigartige Chance.

Ein Einführungsstudium von zwei Semestern verlangte, dass jeder Professor im interdisziplinären Grundkurs in einer Kleingruppe an Hand der von Kollegen der Fachdisziplinen ausgewählten klassischen Texte jeder Disziplin in den gemeinsamen Bereichen Arbeit und Produktion (Arbeitsrecht, Personalmanagement, Arbeitsmarktpolitik, Industriesoziologie), Markt und Konsum (Verbraucherschutzrecht, Marketing, Angebot und Nachfrage, Wirtschaftssoziologie) sowie Staat und Politik (öffentliches Recht, Public Management, Institutionenökonomik, Demokratietheorie), einführen musste. In regelmäßigen Treffen aller 12 Kursleiter lernte man voneinander und hatte den Mut zu fragen. Daneben gab es die fachspezifische Einführung in zwei Semestern im Fachkurs, wo einzigartig in Deutschland das Arbeitsrecht gleichberechtigt neben Zivilrecht und Verfassungsrecht zum Thema wurde. Im Hauptstudium kamen dann die Schwerpunktsetzungen, wobei es nie ein Mangel war, dass es keinen juristischen Schwerpunkt gab. Das Recht war in der Tradition der Staatswissenschaften integraler Bestandteil der übrigen Ausbildungsgänge. Ökonomen mit 20 Semesterstunden in Rechtskursen zu haben öffnet eine andere Perspektive als der kleine BGB- und Handelsrechtsschein, den sich die übrigen Wirtschaftsfakultäten als unwissenschaftliche Technikerabrundung leisten. Die spätere Einführung eines besonderen Diplomjuristen (gegen meinen Widerstand) war ein schlechter Witz angesichts der Tatsache, dass nicht einmal für die

[43] Das Institut für Public Management von Prof. Budäus hat wohl als einziges an der HWP die gemeinwirtschaftliche Forschungstradition dieser Sozialökonomie fortgeführt. Er war an der HWP von 1982-1986, Uni Hbg 89-93; HWP 1993-2007

wirtschaftsrechtlichen Materien Personal vorhanden war. So fehlten z.B. Handels- und Wertpapierrecht. Schon damals gab es auch einzelne Betriebswirte, die das System boykottierten, weil sie angaben, nur BWL unterrichten zu können.

Die HWP war nie nur Wissensvermittlung. Das Grundstudium diente der sozialen Integration der Studierenden des zweiten Bildungsweges in die für sie fremde Hochschullandschaft. Gelernt haben vor allem auch wir Dozenten von den Vorträgen engagierter Bildungsversessener z.B. aus ihrer Betriebsrats- und Jugendvertretertätigkeit in der Aufnahmeprüfung. In Wochenendseminaren wuchsen die Studierenden zusammen. Es gab auch viel Unwissen, als mir die Nutzung der Computer ohne Personalratsbeschluss verboten wurde, weil man darin eine Arbeitsplatzvernichtung sah. Auch meine 300.000 DM Drittmittel, mit denen ich bereits meine Arbeit anfing, wurden mir verübelt, da man Auftragsforschung mit Drittmittelforschung gleich setzte. Doch die Diskussionen waren hilfreich und letztlich konnte man überzeugen. Es wurde miteinander gesprochen.

Der langjährige Vorsitzende der Alumni-Gesellschaft der HWP, Staatsrat a.D. Manfred Weichsel, beschrieb 2007 diese Hochschule wie folgt:[44]

> „Die HWP stand für einen bildungspolitischen Reformanspruch, der die Schranken des herkömmlichen Bildungssystems überwinden will, indem er die Gleichwertigkeit von schulischer und beruflicher Vorbildung für ein wissenschaftliches Studium in seiner Zugangs- und (!) Ausbildungspraxis zu verwirklichen sucht. Die Studierenden wurden zu fachlich kompetenten, kritischen und politisch bewusst Handelnden in der Gesellschaft ausgebildet. Die Absolventen sollten in die Lage versetzt werden, gesellschaftliche Verantwortung nach reflektierten Prinzipien der Vernunft wahrzunehmen. Es galt, den traditionellen Dualismus von wissenschaftsferner Praxisausbildung und an praktischen Problemen uninteressierter Wissenschaft zu überwinden. Gepflegt wurde eine intensive Kommunikation und Kooperation von Lehrkörper, Studierenden und Verwaltungs-

[44] Weichsel, M. Drama in 6 Akten – Beitrag des Absolventen Manfred Weichsel, in vmp 9 – Das Magazin Sonderausgabe 07/2007 S.10f

personal. Auf neue Herausforderungen wurde schnell und flexibel reagiert. Das Studienangebot wurde in einem strukturierten Baukastensystem organisiert und dadurch den Studierenden ermöglicht, ihr individuelles Curriculum weitgehend selbst zu wählen. Großer Wert wurde gelegt auf die interdisziplinäre Verknüpfung der vier an der HWP vertretenen Fächer … in allen Phasen des Studiums. Zur Autonomie der HWP gehörte der Anspruch, die Entscheidungen insbesondere über das Ausbildungs- und Prüfungssystem, die Forschungs- und Nachwuchsförderung, Personalpolitik sowie die Mitteleinwerbung und -verwendung in eigener Verantwortung zu treffen. Auftretende Konflikte wurden nicht unterdrückt, sondern durch argumentative Auseinandersetzungen und demokratische Verfahren fruchtbar gemacht. Die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft wurde durch Transparenz von Entscheidungen und Maßnahmen, klare Organisations- und Entscheidungsstrukturen sowie durch individuelle leistungsorientierte Zuordnung und Verantwortbarkeit von Ressourcen entsprochen. Die HWP verfügte über einen hohen Standard an organisierter Studienberatung und Betreuung durch den Lehrkörper und die Verwaltung. Die gestuften Studienabschlüsse und das studienbegleitende Prüfungssystem (Bachelor (z.B. Diplom Betriebswirt) – Master (Diplom Sozialökonom) U.R.) ermöglichten die Anbindung an international übliche Studienstrukturen. Durch Vereinbarungen mit vielen ausländischen Hochschulen wurde einem großen Teil der Studierenden ein Auslandsstudium von mindestens einem Semester ermöglicht."

Die Entwicklung der HWP in den 1970ziger Jahren war wohl ein Glücksfall aus Personen und Strömungen. Allen voran ist die Besetzung der Position des Wissenschaftssenators in Hamburg durch den renommierten Chemiker und langjährigen Universitätspräsidenten Hansjörg Sinn zwischen 1978 und 1985 der größte Gewinn gewesen. Sinn hatte sehr unter der Arroganz und Reformunwilligkeit der Universitätsprofessoren gerade in Hamburg zu leiden. Deshalb schätzte er die HWP wie er oft beteuerte sehr. Sie war ehrlich, offen, praktisch und sozial mit einigen ausgezeichneten Wissenschaftlern. Er förderte daher die HWP gerade als renommierter Universitätswissenschaftler und -vertreter.

Gleichzeitig löste sich der konservative Druck aus den Gewerkschaften auf die HWP durch den DGB Hamburg und die Hans-Böckler-Stiftung.[45] Nach den Streiks 1969 hatten die Gewerkschaften den dominierenden Anti-Kommunismus[46] etwa bei IGBE, BSE aber auch IG-Metall und ötv zugunsten einer bedingungsloseren Orientierung an Arbeitnehmerinteressen aufgegeben.[47] Ralf Dahrendorf, ein liberaler Anti-Faschist, ebenfalls Dozent an der HWP und Festredner der HWP 1958 und 1988, nannte das Erwachen der Gewerkschaften in den 1970ziger Jahre das „Jahrzehnt der Gewerkschaften".

Der Niedergang der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und ihre merkwürdige Rolle in den gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen war wohl auch hilfreich, um die Ausbildung von der Managerausbildung hin zum Bild der sozial engagierten Führungspersönlichkeit insbesondere in den Verbänden selber in den Mittelpunkt zu stellen. Öffentlicher Dienst, Sozialverbände, Presse und Politik sowie kleine Unternehmen wurden die Abnehmer dieser neuen HWP. Viele gingen einfach dorthin zurück von wo sie kamen – nur mit besserer Ausbildung und höher auf der Karriereleiter oder studierten weiter.

An der HWP hatten sich die Gemeinwirtschaftsideologen längst verabschiedet. Immer noch gab es nur eine Handvoll Ordinarien, aber das Glück wollte es, dass mit Gerhard Scherhorn von 1966 bis 1975 ein Soziologe zeitweise auch als Rektor der HWP fungierte, der einer der Väter des Verbraucherschutzes in Deutschland wurde und noch jüngst mit dem Buch *Geld soll dienen, nicht herrschen. Die aufhaltsame Expansion des Finanzkapitals.* (Wien 2009) seine weite Auffassung von Sozialökonomie dargestellt hat. Ihm ist daher nicht nur die Sozialökonomie in Hamburg

---

[45] Prott., J. "Kaderschmiede für Funktionäre? Die HWP als Kooperationspartner der Gewerkschaften" in Wulf D. Hund (Hrsg) "Von der Gemeinwirtschaft zur Sozialökonomie" S. 27-34)

[46] Vgl. dazu Theo Pirker, Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland. 2 Bände. 1960 München. Nachdruck: Olle & Wolter, Berlin 1979; vlg. auch Schelsky Pirker. Th. Autonomie und Kontrolle. Schelsky und Jeep, Berlin 1989

[47] Ich konnte dies in den siebziger Jahren als juristischer Ausbilder der ötv für die neu gewählten Aufsichtsräte der Arbeitnehmer in den Energie- und Transportunternehmen miterleben, wo zwischen Funktionären und Vertrauensleuten eine zunehmende Kluft entstand.

sondern auch der Studiengang Sozialökonomie in Stuttgart-Hohenheim zu verdanken. Sein Buch „Gesucht – der mündige Verbraucher" war der Start zu einer neuen Richtung in der Volkswirtschaftslehre, die bereits sein Erstlingswerk vom „Bedarf zum Bedürfnis" 1959 prägte.

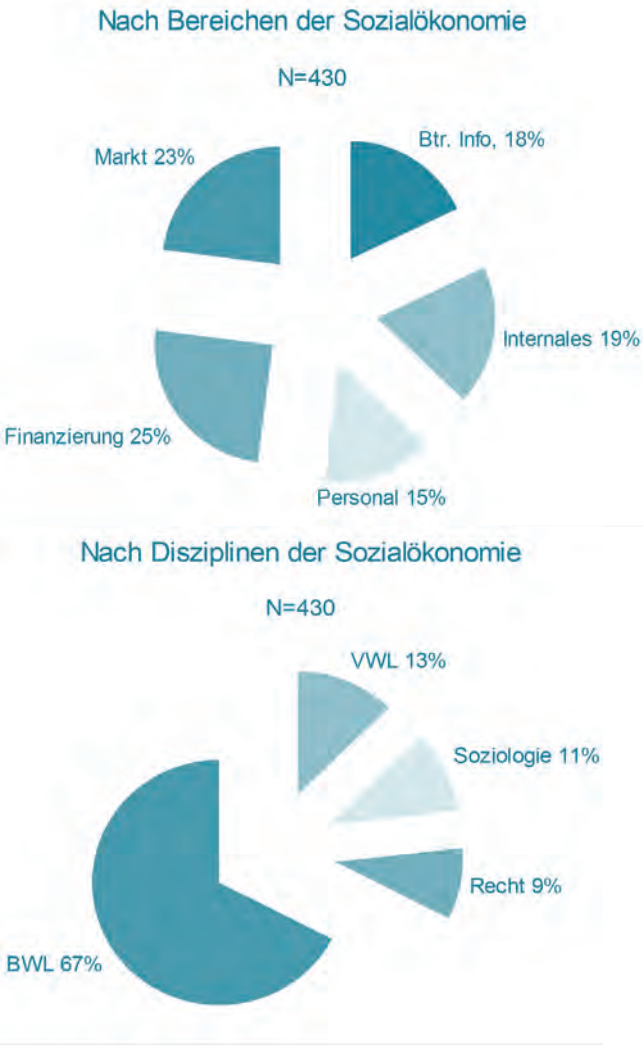
Mit meinem Vorgänger, dem Juristen Norbert Reich (1973-1981), der sich in Frankfurt getraut hatte, über marxistische Rechtstheorie zu habilitieren, erhielt der Scherhornsche Ansatz seinen wohl profiliertesten Vertreter in Europa. Seine Projektmitarbeiter und Assistenten Micklitz und Tonner konnten später zusammen mit mir eine Zeitschrift gründen und Hamburg zu einem Zentrum des europäischen Verbraucherschutzes ausbauen. Von den Universitäten Rostock sowie dem European Institute in Florenz bestimmen sie auch heute den Verbraucherschutz in Europa ganz wesentlich mit. Karl-Jürgen Bieback, der von der Universität Hamburg zurückkehrte und Ulrich Zachert vom WSI gaben dem Arbeits- und Sozialrecht ein weithin beachtetes Gepräge und waren zusammen mit dem später berufenen Ulrich Mückenberger zugleich die interdisziplinären Motoren von Projekten im interdisziplinären sozialökonomischen Aufbaustudium der alten HWP. In der BWL hatte das Engagement des in der unternehmerischen Praxis bewanderten Heinrich Strohauer sowie von Sonja Bischoff im Studiengang Entrepreneurship genau die interdisziplinären Elemente, die der Sozialökonom brauchte. Der Betriebswirt und Vize-Rektor Edgar Castan verwehrte sich der inzwischen dominierenden Argumentation der BWL-Kollegen, wonach die Anzahl der Professorenstellen nicht den Bedürfnissen eines interdisziplinären Angebots in der Sozialökonomie sondern den Studierendenzahlen bei der Schwerpunktwahl gehorchen müssten. Das absurde Ergebnis heute zeigt die Logik. Das Angebot in BWL ist überdimensioniert. Die Angebote in den Schwesterfächern praktisch auf das Niveau klassischer Ökonomiestudien reduziert und Interdisziplinarität geopfert.

Wer die Studieninhalte einer Disziplin wie der Sozialökonomie nach den Belegzahlen festlegt, erreicht eine McDonaldisierung der Wissenschaft. Viele bieten dasselbe, die meisten nicht einmal Multidisziplinarität. Natürlich bedeutet die ungleiche Schwerpunktwahl, dass die Besucherzahlen der Vorlesungen sehr unterschiedlich sein können. Gleichwohl muss, so will es der Studienplan, wer den BWL-Schwerpunkt in der Sozialökonomie wählt, 50% aus den anderen Diszi-

plinen belegen. Die ungleiche Arbeitsverteilung der Dozenten liegt aber nicht darin, dass eine Vorlesung für 100 Studierende so viel aufwändiger als für 30 ist. Das Problem liegt in Korrektur und Tutorium, für das auch monodisziplinäre Studiengänge längst Lösungen gefunden haben. Auch bei den Juristen finden sich wenige in den Vorlesungen über Römisches Recht und viele im Zivilrecht. Deshalb aber das römische Recht zu streichen, das entspringt betriebswirtschaftlichem Denken in Unternehmen, wo Kosteneinsparen „die ganze Wissenschaft" ist.

Eine Auswertung aus dem Wintersemester 2007 nach den offiziell geführten interdisziplinären Bereichen wie Markt, Personal, Internationales Management, Betriebliche Informationssysteme ergab, dass die Studierenden durchaus gleichgewichtig alle Bereiche der Sozialökonomie wählen. Die Fachwahl BWL als Schwerpunkt dürfte dagegen kaum der Neigung sondern der Tatsache entsprechen, dass bisher ein Titel nach der Schwerpunktwahl vergeben wurde. Der Titel *Diplom-Betriebswirt* war dabei derjenige, der sich gegenüber Diplom-Volkswirt und Diplom-Sozialwirt und erst Recht gegenüber dem Diplom-Juristen im Berufsleben am besten verwerten lassen konnte. Inzwischen gibt es zu Recht nur noch den Bachelor in Sozialökonomie, der aber durch die Zusatzangabe des Schwerpunktes in BWL irreführend so tut, als ob hier ein volles BWL Studium absolviert werden könnte. Streicht man daher den Zusatz, so sind die Probleme behoben. Es würden sich nur noch Studierende bewerben, die interdisziplinär studieren wollen. Die sozialökonomische Qualifikation könnte sich ähnlich wie in Stuttgart in einer Marktnische behaupten.

Abbildung 1: Studienwahl nach Bereichen und Fächern 2007



III. Hamburger Universität (1988-2013)

Der erneute Abstieg der HWP begann mit ihrer Aufwertung zur Universität. Die Suggestion, man könne universitäre Standards mit dem vorhandenen Personal erreichen und dabei noch vorgeben, dass man damit nicht nur einen einzigen sondern gleich vier gleichwertige Abschlüsse nach sechs Semestern produzieren könne, die ohnehin an Universitäten und Fachhochschulen mit weit höherem Personal aufwand angeboten wurden, war verantwortungslos. Das Aufsatteln eines Diplom-Studiengangs Sozialökonomie mit dem gleichen Personal, mit dem ein universitätskonformes Diplom vorgetäuscht wurde, das niemand kannte und ernst nahm,[48] funktionierte dann auch nur, indem man es im Namen der Didaktik („Projektstudium") auf ein einziges Lehrprojekt mit ein paar beliebigen Nebenfächern reduzierte.

Der Senat der Hansestadt sparte sich wie einst der Berliner Senat 1973 bei seiner Reform zudem das Geld für neue Professuren, indem er den ohne Auswahlverfahren den an der HWP aus historischen Gründen unbefristet eingestellten wissenschaftlichen Mitarbeitern und Dozenten anbot, bei Nachweis einer Promotion und Gutachten von Professoren ihrer Wahl, den Professorentitel zu verleihen. Zwar konnten sie keine Ordinarien werden, die Identität der Titel führte aber dazu, dass zumindest nach außen der Eindruck entstehen konnte, dass mit der Personalstruktur eines Gymnasiums angereichert durch wenige Berufungen eine Universität gegründet wurde.

Die Hamburger SPD, die HWP Traditionalisten und die Dohnanyi Kommission schwärmten davon, wie billig das HWP Studium sei. Gegenüber den Universitäten jedoch hatte man den Ruf der Hochschule in Wissenschaft und Forschung beschädigt. Dies wurde bitter deutlich, als bei der Hamburger Universitätsreform die Wirtschafts- ebenso wie die Rechtsfakultät sich mehrheitlich gegen eine Integration wendeten, weil sie einen Verfall der Standards für ihre Fakultät fürchteten. Dabei verglichen sie allerdings nicht die Handvoll Ordinarien der HWP mit denen ihrer Fakultät. Sie folgten einem Etikettenschwindel und vergli-

[48] Die Absolventen des SozÖk bewarben sich häufig lieber mit dem Zwischenabschluss des Diplom-Betriebswirts, weil der Titel Diplom-Sozialökonom, wie die Universität Kassel ebenfalls feststellte, eher abschreckte.

chen alle *Professoren* und sogar alle an der HWP zur gleichberechtigten Lehre zugelassenen Mitarbeiter mit ihrem Lehrpersonal und verwiesen darauf, dass sehr viele von ihnen niemals berufen worden waren. Darunter gab es in der Tat Lehrende, die teilweise 20 Jahre auf vier Stunden reduzierte Lehre nicht zu einer Promotion genutzt hatten. Die HWP hatte deshalb einen guten Ruf in den USA, Frankreich, Spanien oder Italien, wo man ihre Besucher schätzte, jedoch einen schlechten Ruf im eigenen Land, wo der Verweis auf den Arbeitgeber häufig mit Kopfschütteln quittiert wurde.

Nach drei Projekten im SozÖk lehnte ich damals die weitere Mitarbeit im sozialökonomischen Projektstudium ab, weil nach meiner Auffassung zunächst eine Qualifizierung im Fachhochschulabschluss bzw. Bachelor zu erreichen gewesen wäre, der die Studierfähigkeit im SozÖk hätte schaffen müssen. Das ursprüngliche Modell eines Abiturersatzes zur Herstellung der Studierfähigkeit an einer „richtigen" Universität war noch nicht ganz überwunden. Zudem sahen im SozÖk-Dozenten die Chance, mit kleinen Gruppen in relativ beliebigen Projekten ihre speziellen Forschungsfelder zu bedienen und damit die Doppelbelastung aus Lehre und Forschung abzumildern. Viele Wissenschaftler gingen damit dem Bachelor verloren.

Als mit der Koalition zwischen CDU und Schill-Partei 2001 deutlich wurde, dass die CDU die alte Drohung wahr machen und die HWP unter dem Vorwand der Zusammenfassung Hamburger Hochschulen abschaffen wollte, war die HWP bereits innerlich weitgehend aufgelöst. Drei Richtungen standen sich unversöhnlich gegenüber.

Die BWL-Fraktion, die eine Auflösung der HWP und eine persönliche Aufwertung sowie bessere Ausstattung durch ihre Übernahme an die Universität befürwortete, die Traditionalisten[49], die mit der von außen

---

[49] Die Sonderausgabe vmp 9 – Das Magazin 07/2007 – „Eine Kooperation zwischen YellowOE und GdFF" (Studierenden Netzwerk und Alumni-Organisation U.R.) dokumentiert eine Veranstaltung im Mai 2007 auf der die Ex-Präsidentin moderierte. Sie ist in Diktion und Auswahl der Autoren ein Denkmal dieses traditionalistischen Denkens an der HWP, das bis heute keine Selbstkritik kennt. Im Editorial heißt es: „Dass die HWP nach mehr als 50 Jahren erfolgreichen Bestehens die rechtliche Selbständigkeit verlor, ist auf eine sehr kurzsichtige Sichtweise der damaligen politischen Ebene zurückzuführen. Provokant wurde in den damaligen Protesten u.a. formuliert: 'Die HWP wird dem Spar- und Profilierungswahn eines Senators geop-

geholten Präsidentin Bittscheidt[50] trotz veränderter Nachfrage, abnehmender Akzeptanz im Berufsfeld und dem Verfall der Reputation zusammen mit durchaus bewundernswert kreativen Aktionen von Studenten der Aktion „Rettet die HWP“[51], unterstützt durch den alten Vorstand der Alumni-Gesellschaft GdFF alles beim Alten lassen wollten, eine kleine Fraktion[52], zu der ich mich rechnete, die weitgehend resigniert inhaltliche Konzentration und Konzeption, wissenschaftlichen Aufschwung und eine weniger hochstaplerische Kontur nach außen suchte, die HWP mit ihren Inhalten und spezifischen Studierenden erst „Fit-für-die-Wissenschaft“ machen wollte und dafür Unterstützung von außen erhoffte.

---

fert.'“ Sie beginnt merkwürdigerweise mit einem Aufsatz, der deutlich die Handschrift des wichtigsten Akteurs dieser Umwandlung, des neu berufenen BWL-Professors und Pro-Dekans Bassen, trägt aber auch von Dekan Weber mitgezeichnet ist. In ihm sind alle Elemente der Umwandlung gerechtfertigt: „Die Forschung und die disziplinäre und/oder interdisziplinäre Weiterentwicklung haben im Vergleich dazu einen geringeren Organisationsbedarf. Gleichzeitig wird die Ressourcenausstattung durch die Grundausstattungen der Professuren und individuellen Austattungszusagen der forschenden Wissenschaftler/innen beeinflusst.“ Das Problem mangelnder Selbstbestimmung soll durch die Kooptation „eines vierten Pro-Dekans“ für Sozialökonomie durch das Dekanat erfolgen, was nicht realisiert wurde. Am Schluss wird noch einmal die „klare Zuweisung von personellen und sachlichen Ressourcen“ in den Mittelpunkt gestellt. Weitere Beiträge von Udo Mayer, Harry Friebel, Karl-Jürgen Bieback sowie eine Reihe von Gewerkschaftern und ehemaligen Studierenden kreisen um den Begriff „erhalten“.

[50] Vgl. das Vorwort der Präsidentin in Hauer/Rogalla, HWP in Bewegung – Studienproteste gegen neoliberale Hochschulreformen, Asta der HWP Hamburg 2006 S. 3: „Die HWP stirbt langsam. Ihrer Eingliederung in die Universität Hamburg am 1. April 2005 ging eine mehr als zweijährige Debatte voraus … Nach allen Indikatoren moderner Hochschulvermessung lag die HWP im Jahr ihrer Schließung im oberen Leistungsspektrum. … Die HWP war noch immer die Hochschule eines *zweiten* Bildungsweges … Die HWP entwickelte ihre Kompetenz weiter, ungleiche Bildungsvoraussetzungen auszugleichen … Mehr Studienplätze auch für bildungsferne Bevölkerungsgruppen. … Das störte. … Diese Störung wurde mit der Abschaffung der HWP aus dem Weg geräumt.“

[51] Das Flugblatt zum Thema „Besetzung zur Rettung der HWP“ (aaO S. 60) stellt sechs Forderungen der Studierenden zur Rettung der HWP auf. Alle betreffen die Sicherung von Zugang und Finanzen von Studierenden es zweiten Bildungsweges und studentische Handlungsmöglichkeiten. Wissenschaft und Forschung oder gar das Konzept der Sozialökonomie wird nicht einmal erwähnt.

[52] Die Website www.sozialoekonomie-hamburg.de hat über mehrere Jahre die Vorgänge seit der Umwandlung mit Hunderten von Texten dokumentiert und eine erfolgreiche Unterschriftensammlung bei namhaften Vertretern des Arbeitsrechts in der ganzen Welt durchgeführt, die mehr als 1000 Signatare hatte. Sie ist zur Zeit zu 99% gesperrt, bis sich hierfür neue Redakteure finden.

War die HWP durch den SPD-Mann Schiller gegründet, so wurde sie durch den SPD-Mann Dohnanyi aufgelöst. Dabei entstammten beide derselben SPD-Tradition in Hamburg, die ein anti-kommunistisches gemeinschaftsorientiertes privatwirtschaftliches System befürwortete, das von einem starken Staat gesteuert wird. Gemeinwirtschaft, Sozialökonomie, Private Public Partnership, Wirtschaft und Politik u.ä.m. sind die Begriffe, mit denen dieser Wirtschaftsstaat sich gegen Liberalismus ebenso wie sozialistische Modelle durchsetzen soll.

Dohnanyi lobte in seinem Gutachten all das an der HWP, was mit Wissenschaft und Forschung und damit mit einer Universität wenig zu tun hatte. Die Vorteile waren oft gerade den Mängeln geschuldet. Günstige Kostenstruktur, hohe Abschlussquoten und hoher Ausländeranteil waren auch Folge einer adverse selection und von moral hazard bei der Diplomvergabe. Ob man nach dem Aufblasen zur Universität Lehre und Forschung den bildungsfernen Schichten angepasst oder bildungsferne Schichten mit kompensatorischen Maßnahmen an eine ihnen auch inhaltlich geöffnete Wissenschaft herangeführt hatte, blieb bedeutungslos. Die Etikettierung „seiner" HWP durch den damaligen Vizepräsidenten Prof. Helmut Fangmann als „Baumschule" und sein Rücktritt konnten keine Revision bewirken. Versuche wie die des Präsidenten, Juraprofessors und Hochschulmanagers Zechlin, mit einer Leitbilddiskussion hier anzufangen, wurden mit seinem Weggang an die Universität Graz eingestellt. Nach ihm wurde die HWP vor allem gemanaged. Der von Roland Berger Strategy Consultants zum Wissenschaftssenator abgeworbene Jörg Dräger veränderte das Hamburger Hochschulgesetz grundlegend. Das Bundesverfassungsgericht [53] bescheinigt ihm heute die Verfassungswidrigkeit.

Die Verteidigung der Autonomie der Hochschule wurde zur Angelegenheit allein der Studierenden, während der Lehrkörper im Streit um Ressourcen zersplitterte. Ein Hoffnungsschimmer in diesem Prozess der Auflösung war für kurze Zeit die Berufung von Prof. Dr. Dr. Wolfgang Weber zum Gründungsdekan der neuen Fakultät. Er kam als einziger zu den gebotenen befristeten Managerkonditionen ohne Anschlussprofessur. Der renommierte Betriebswirt, Jahrgang 1939, selber

---

[53] Bundesverfassungsgericht Beschluss vom 20. Juli 2010 1 BvR 748/06

Absolvent des zweiten Bildungswegs, verstand wie einst Hansjörg Sinn die Probleme. Er verteidigte das Modell HWP und ließ es gegen große Widerstände unter dem Namen Department für Wirtschaft und Politik fortbestehen, ohne allerdings auch nur die geringste Selbstverwaltungskompetenz gewähren zu dürfen. Für ihn fand sich zu diesen Konditionen kein Nachfolger mehr. Es passierte ein für Effizienzideologen typischer Fall. Im Namen der Effizienz sollte der Dekan alle Macht haben, dafür aber von außen befristet kommen und für interne Korruption, wie sie die langen Verbleibzeiten in der Universität begünstigen, immun sein. Tatsächlich erreichten sie aber, dass nun erst recht Insider, die zudem noch für jeweils kurze Zeit sich das Zepter in die Hand gaben und keineswegs von ihren Lehrstuhlinteressen getrennt waren, die diktatorischen Vollmachten verwalteten. Die einzige Hoffnung auf Kontrolle durch das Präsidium der Universität scheiterte dann im inneren Machtkampf der Dekane gegen die Präsidentin, die gehen musste und auch dort eine kommissarische Besetzung bewirkte. Die kommissarischen Präsidenten und Dekane verhandelten nun untereinander, wobei das System seinen Höhepunkt darin fand, dass sich die Verhältnisse umkehrten, als die kommissarische Präsidentin sich schließlich als einzige Kandidatin zugelassen erfolgreich auf die Position der Dekanin bewarb und damit bereits frühzeitig vom Wohlwollen des kommissarischen Dekanats abhängig wurde und auch noch im Amt war, als das Präsidium die Dekanin zu ernennen hatte.

Trotz Urteil des Bundesverfassungsgerichts gibt es bis heute keine akademische Selbstverwaltung im Fachbereich Sozialökonomie. §3 Abs.3 WiSo-G der bestimmt „Die Fakultät stellt sicher, dass … das Profil der bisherigen HWP in der Lehre und bei der Zusammensetzung der Studierenden berücksichtigt wird." ist eine geschickt formulierte Todesanzeige. Nach dem Gleichnis von Luther über Schafe und Wölfe, die friedlich miteinander eingesperrt werden sollen, erhält die von anderen Fachbereichen dominierte „Fakultät" den Auftrag ein „Profil" zu erhalten, das sich darin erschöpft, dass es nur für die „Lehre" und nicht die Forschung gilt, wobei es sich in der „Zusammensetzung der Studierenden", also den Zugang im zweiten Bildungsweg, erschöpft.[54] Sozial-

[54] Das Gesetz folgt den Ausführungen der Dohnanyi Kommission, die „die innovativen Ansätze der HWP" auf „(z.B. die Zugangsmöglichkeiten auch ohne Abitur, den

ökonomie ist ein Schlagwort geblieben, mit dem niemand mehr etwas anfangen kann. Die Managementlehre bildet Auszubildende für Führungspositionen nach dem dualen System aus.

Dekan Weber hatte das Problem noch erkannt, dass eine HWP, die parallel zu den drei anderen Fachbereichen der WiSo-Fakultät BWL, VWL und Soziologie dasselbe noch einmal in den Fachgebieten der Sozialökonomie anbietet, keine Existenzberechtigung haben würde. Allein mit einer eigenständigen Arbeits- und Verbraucherrechtswissenschaft kann diese Fakultät nichts mehr anfangen, weshalb die Stellen dann auch an die juristische Fakultät abgegeben werden sollten. Dass Arbeits- und Verbraucherrecht eine Herausforderung an die Wirtschaftswissenschaften im Bereich Industrie und Markt seien, dass Recht eine interdisziplinäre Klammer darstellen und der WiSo-Fakultät in Hamburg ein Alleinstellungsmerkmal vermitteln würde, war ihm bewusst. Das Schrumpfungskonzept war kein Konzept. Es war Ausdruck persönlicher Bedürfnisse, die hochschulpolitisch zu fragwürdigen Ergebnissen führte, weil zwei BWL-Fachbereiche in einer Fakultät keinen Sinn machen. Im Foyer hängt ein neues „sozialökonomisches Konzept". Es ist das Protokoll einer gut gemeinten unstrukturierten Diskussion mit kaum Professorenbeteiligung, in der ein paar Studienreformideen ohne Bezug zum sozialökonomischen Studium geäußert wurden und das eigentliche Studienkonzept auf den Zugang für Nichtabiturienten mit ein wenig Multidisziplinarität reduziert wurde.

Die HWP ist zu ihrer Gründung zurückgekehrt und wieder eine Berufsausbildungsstätte geworden, die ohne großen Erfolg Führungskräfte in Unternehmen ausbilden möchte, die mit der Hälfte der fachlich einschlägigen Kurse auskommen will, um den Rest durch den Blick in andere Disziplinen zu füllen. Sie wird diese Verwandlung ebenso wenig überleben wie die Akademie für Gemeinwirtschaft es vermochte.

---

modularen Aufbau des Studiums, die internationalen Studienabschlüsse, starken Praxisbezug, Studierenden- und Alumniorientierung)" inhaltsfrei reduzierte.

D. Was zeichnete die HWP aus?

Hat die HWP noch eine Zukunft? Wenn ja kann es nur die Zukunft jener Hochschule sein, die sich vom Gedanken der Gemeinwirtschaft gelöst hatte und eine inhaltliche Besonderheit auswies, die die Existenzberechtigung darstellte.

Das ist nicht der freie Zugang von Studierenden ohne Abitur, wie ihn die Dohnanyi-Kommission . Wir sind nicht mehr im Jahr 1948. Der Zugang von Nichtabiturienten ist inzwischen in §27 Abs.2 S.2 Hochschulrahmengesetz für alle Universitäten verpflichtend.[55] Die HWP ist auch keine billigere Hochschule als die Universitäten. Die Kosteneinsparung ist mit einem qualitativen Angebotsabbau teuer erkauft. Eine sozialökonomische Orchidee im betriebswirtschaftlichen Tulpenfeld braucht nicht weniger sondern mehr Pflege. Würde der Studiengang ausreichend mit qualifizierter professoraler Lehre ausgestattet, die HWP wäre durchaus kostenintensiv aber lohnend. Auch ihre Abbrecherquoten gingen nach oben, wenn die Leistungsanforderungen sich durch klare Definition der Studien- und Prüfungsinhalte sowie durch qualifiziertes Personal angleichen ließen. Für die Flut zu korrigierender Arbeiten bei einzelnen Professoren müssten Entlastungslösungen gefunden werden, wobei ein Ernstnehmen der Interdisziplinarität die Beteiligung der Volkswirte, Juristen und Soziologen an den Prüfungen von selbst erhöhen und das Problem lösen würde.

Die neue HWP braucht eine klare inhaltliche Definition ihrer Aufgabe, Besonderheit und Abgrenzung zu den vier Einzeldisziplinen.

Leitbild der HWP 1996

Die HWP muss, um eine eigene Zukunft zu haben, dabei an die Tradition der Hochschule für Wirtschaft und Politik anknüpfen. Die Studierenden verwenden bei ihren Parties und Websites noch heute nostalgisch den Namen HWP. Sie steht seit 40 Jahren für ein bestimmtes Modell eines Ausbildungsgangs, der durch hohe akademische Autonomie und menschliche Nähe gekennzeichnet war.

---

[55] §27 Abs.2 S.2 HRG: „In der beruflichen Bildung Qualifizierte können den Nachweis (der Hochschulreife U.R.) nach näherer Bestimmung des Landesrechts auch auf andere Weise erbringen.

In den „Grundsätzen des Fachgebiets Recht zum Sozialökonomischen Rechtsstudiengang vom 10.7.2007“ sowie dem Leitbild der HWP vom 11. Januar 1996[56] ist deutlich gemacht worden, dass die HWP sich nur über einen spezifischen Studiengegenstand definieren kann. Ob dieser Gegenstand mit dem Begriff *Sozialökonomie* oder mit *Wirtschaft und Politik* zutreffend beschrieben ist, darüber müssen wir noch streiten.

Die Leitbilder bezeichneten das HWP-Studium unter einem erweiterten Wirtschaftsbegriff, für den Methoden und Erkenntnisse der aktuellen BWL und VWL nicht ausreichen, um diese Dimensionen zu erfassen. Die gelebte Sozialökonomie erweitert die Betrachtung der Wirtschaft um die Dimensionen Gesellschaft (Soziologie), Recht und Staat (Jura). Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre haben jedoch in den letzten 50 Jahren den methodisch-inhaltlichen Ansatz der Wirtschaftsbetrachtung so verengt, dass aus dem Menschen ein homo oeconomicus wurde, der als Modell das erwünschte Marktverhalten repräsentiert statt den Markt für seine Bedürfnisse zu nutzen. Sie haben damit die "Wirtschaft" als Ganzes aus dem Auge verloren. Der wirkliche Mensch (Humanwissenschaften), die sozialen Bedingungen seiner Existenz (Soziologie) und die Prinzipien eines gerechten Zusammenlebens (Recht) bleiben unberücksichtigt, obwohl sie sowohl Ziele als auch Mittel von Wirtschaft bestimmen.

Mit dieser Erkenntnis von der Schmalspurigkeit vor allem der BWL sind wir nicht alleine. Sie bricht sich auch in den Wirtschaftswissenschaften inzwischen Bahn. Wie die Krise gezeigt hat, sind Ökonomen irrelevanter geworden. Ihre Vorhersagen waren falsch, ihre Ratschläge naiv und ihre Aussagen unverständlich. Das Memorandum zur Erneuerung der Ökonomie sieht die Wirtschaftswissenschaft zudem als dienstbaren Geist und damit als korrupt an.[57] Selbst die Sprecher des Neo-Liberalismus der vorherigen Dekade verlangen heute von ihrer Zunft ein „Ende des ökonomischen Imperialismus“ (Straubhaar), sehen

---

[56] Abgedruckt unter http://www.sozialoekonomie-hamburg.de/blog/category/sozialoekonomie/grundsaetze/

[57] Der Verfasser gehört zu den Erstunterzeichnern des Memorandums „Für eine Erneuerung der Ökonomie - Memorandum besorgter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler“ Berlin, 13. März 2012 http://www.mem-wirtschaftsethik.de/memorandum-2012/das-memorandum/

im Treiben der Finanzakteure „Sex and Crime allererster Sorte“ (Hans-Werner Sinn) oder stellen fest, dass bei „manchen die Gier das Hirn zerfressen“ habe (Raffelhüschen). Statt sich mit den Ursprüngen der Volkswirtschaftslehre in den Geistes- und Naturwissenschaften aus der Zeit vor 1850 zu beschäftigen, erfindet die moderne Lehre immer neue Teildisziplinen, mit denen sie ihre Ahnungslosigkeit in den Wirtschaftsbereichen jenseits von Markt und Geld verdeckt. Institutionen-Ökonomie, Behavioural Economics, Compliance, Corporate Social Responsibility (CSR) und Economic Analysis of Law sind nur einige Beispiele, wie mit Wortgeklingel verdeckt wird, dass man Wissen aus Psychologie, Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie bräuchte, um überhaupt kompetent über seinen eigenen Gegenstand sprechen zu können.

I. Aristotelische Streben nach gutem Leben: Interdisziplinarität

Diese Verkürzungen haben die Stammväter der Wirtschaftswissenschaften weder gelebt noch gewollt. Sie waren Praktiker (BWL) oder fest in der Tradition der Staatswissenschaften verankert.

Tabelle 3: Große Ökonomen - Herkunft - Verständnis von Wirtschaft

Name	Vorbildung	Wirtschaftswissenschaft als
Adam Smith	**Moralphilosoph**	**Wealth of Nations**
David Ricardo	Börsenmakler	Grundsätze der politischen Oekonomie oder der Staatswirtschaft...
Jean-Baptiste Say	**Geschäftsmann**	**Traité d'économie politique**
Friedrich List	Unternehmer, Diplomat	Das nationale System der politischen Ökonomie von 1841
Karl Marx	**Philosoph, Jurist, Journalist**	**Grundlagen der Politischen Ökonomie**
Antoine-Augustin Cournot	Mathematiker	Principes mathématiques de la théorie des richesses, 1838
Jules Dupuit	**Bauingenieur**	**De l'utilité et de sa mesure: de l'utilité publique. 1853**
Eugen Böhm von Bawerk	Jurist, Staatswissenschaften	Abhandlungen über Kapital und Zins
Friedrich von Wieser	**Jurist**	**Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, 1914**
John Maynard Keynes	Mathematiker	Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes 1936
Gustav Schmoller	**Staatswissenschaften**	**Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Socialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre. 1897**
Wagner, Adolph	Jurist, Staatswissenschaften Universität Berlin)	Grundlegung der politischen Ökonomie. 1892

Für sie war Wirtschaft ein Objekt und kein Inhalt. Über Jahrtausende erhielt sich die Aristotelische Auffassung von Wirtschaft als „Hausordnung" (Oikos-Nomos), die nicht als „eigener Bereich menschlichen Handelns angesehen werden konnte und damit nicht Gegenstand einer eigenen Wissenschaft hätte werden können."[58] Das Studium der Wirtschaft bedeutete, ein gutes Leben Aller zu ermöglichen, so wie es noch im Titel der großen Werke von Adam Smith und Antoine-Augustin Cournot mit dem Streben nach „Reichtum" anklingt. Dass Reichtum sich dabei nicht auf Geldwerte reduziert haben einige der interdisziplinär denkenden Ökonomen in der Diskussion um die Altersvorsorge gelernt, wo das Geldvermögen neben Sachvermögen, Gesundheitsvermögen, Sozialvermögen und Arbeitsvermögen steht. Nur wer Wirtschaft nicht anders als auf Betriebe reduziert denken kann, wird der geistigen Beschränkung auf Geld, Kosten und Gewinn nicht entgehen.

Wie wir den Titeln der in der Tabelle wiedergegebenen Werke entnehmen können, hat niemand von ihnen über Wirtschaft als solches ge-

[58] Koslowski, Die Ordnung der Wirtschaft , S. 33

schrieben. Entweder waren es konkrete Phänomene und Konzepte wie Kapital und Zins. Wo es ums Ganze ging, sprach man von Nationalökonomie, Staatswissenschaften, politischer Ökonomie, Sozialökonomie oder gesellschaftlicher Wirtschaft. Immer war Wirtschaft öffentlich und damit rechtlich und politisch verfasst.

Die HWP griff den weiten Aristotelischen Begriff von Wirtschaft als einem Streben nach gutem Leben auf. Dieser Ansatz ist damit i.S. von Armatya Sen bedürfnisorientiert. Für die Juristen im Arbeits- und Verbraucherschutz ergibt sich das seit langem aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen von Wirtschaft. Hierzu mag das Streben nach Profit ein Mittel sein. Die betriebswirtschaftliche Reduktion von Wirtschaft auf diesen Profit in Geld ist aber aus der Sicht der anderen Wissenschaften Ideologie. Die Abstinenz der Betriebswirte in der alten HWP, die den Juristen die Leistung und die Organisation interdisziplinärer und theoretisch übergreifender Elemente überließen, ist so gesehen nichts Verwunderliches. BWL ist Betriebsführungslehre und hat als solches erst seit 1898 überhaupt den Weg in die Akademia geschafft, in der sie heute die meisten Studierenden stellt. Man verlangt vom Zugführer auch keine Prüfung in Verkehrsplanung und eine Dissertation über die Sinnhaftigkeit von Zügen oder deren physikalische Funktionsgesetze. Ohne dass die Kunst des Zugführens abgewertet werden muss gibt es daher eine Wissenschaftsdisziplin, in der die Betriebsführung Objekt und nicht Subjekt des Forschens ist. Sozialökonomie muss sich daher nicht gegen die BWL durchsetzen. Bei der Vielzahl der Managementstudiengänge mit 160.000 Studierenden sind die zwei Studiengänge „Sozialökonomie“ mit knapp über 3000 Studierenden keine Bedrohung der Wirtschaftswissenschaften, zumal die HWP ja dies praktische Wissen dadurch einbezog, dass sie praxiserfahrene Studierende anwarb, die oft mehr gelernt hatten als die BWLer theoretisch erfahren können. Die Chance für sie ebenso wie für die Kontrolleure und Berater der Wirtschaft in Staat und Verbänden, eine Pause im Tun einzulegen und über Gelebtes nachzudenken, war und ist ein wichtiges gesamtgesellschaftliches Element in dem *Streben nach gutem Leben*.

II. Reflexion wirtschaftlichen Handelns: der Praxisbezug

Damit enthält diese Sozialökonomie einen zweiten inhaltlichen Aspekt: die Praxisrelevanz. Wer die Praxis nicht kennt, kann sie nicht verändern. Deshalb ist der zweite Bildungsweg nicht der eigentliche Inhalt der HWP gewesen sondern der mit diesen Studierenden verbundene Zugang zur praktischen Erfahrung. Wer wie der Verfasser langjährigen Bankangestellten und Versicherungsvertretern die Probleme der Finanzdienstleistungen vermitteln musste, der kann sich vorstellen, dass hier der Dozent teilweise ebenso viel nahm wie er gab. Die unzähligen Beispiele, die in seine Vorlesung und seine öffentlichen Auftritte einflossen, kamen oft aus der Lehre. Dazu aber muss der Stoff so nahe am Leben formuliert sein, dass die Menschen erfahren, dass es auch in der Wissenschaft um sie geht. VWL und BWL mit ihrer extremen Reduktion sozialer Komplexität auf geldlich erfassbare Vorgänge können dies ohne die Tausende von Fällen der Konfliktbearbeitung in Rechtsprechung und Rechtsberatung bzw. die Daten, die ihnen die soziologische Forschung liefert, nicht schaffen. Sozialökonomie legt dies offen und verlangt eine praxisnahe interdisziplinäre Herangehensweise an einen Gegenstand, der bereits so formuliert ist, dass monodisziplinäre Methodik zu seiner Erkenntnis nicht ausreicht.[59]

Die HWP der Zukunft, wo immer sie wieder erstehen mag, ermöglicht die wissenschaftliche Reflektion über gesellschaftliche Praxis im Bereich des Strebens nach materiell gutem Leben. Deshalb verbietet sich eine gleichzeitige Ausrichtung allein auf die allein unternehmerischen Bedürfnisse dieser Praxis. Wer zugleich mit dem mühsamen Lernprozess für eine zukünftige Arbeit begreifen soll, dass das Ergebnis u.U. unsinnig und reformbedürftig ist, wird dies im Streben nach innerer Befriedigung kaum schaffen können. Career-Services und die im Fachbereich grassierenden Anreizsysteme, sich den Bedürfnissen der Großindustrie anzupassen wie es in den vielen Preisen für stromlinienförmige Arbeiten, den Kooperationen der betriebswirtschaftlichen Lehrstühle mit der anbietenden Wirtschaft inzwischen allgemeines Ideal ist, sind

[59] Dazu der HWP-Soziologe Alfred Oppolzer, Sozialökonomie: Zu Gegenstand, Begriff und Geschichte. In: Sozialökonomische Beiträge. Zeitschrift für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. 1. Jg. Hamburg. 1/1990

das Gegenteil von dem, was Sozialökonomie verspricht. Es verteufelt aber auch dieses Streben ebenso wenig wie man den Beruf des Arztes diffamiert, wenn man als Gesundheitssoziologe das Krankmachende der Schulmedizin untersucht. Die HWP hatte zu Recht Akzeptanzprobleme ihrer Absolventen für Führungspositionen in der anbietenden Wirtschaft. Erst auf der obersten Ebene, zu der man in der Regel nur durch mühsamen Gang durch die Instanzen aufsteigt, öffnet sich wieder der Blick der Sozialökonomie. Deshalb sind die Top-Manager wie dem Verfasser aus dem Bankenbereich bekannt ist, gerne Gesprächspartner der Sozialökonomen. Doch man kann ihnen nicht oft Absolventen liefern, die neben dem Entwurf neuer Züge auch noch perfekt eine Lok führen können.

Doch auch hier ist die HWP nicht abzuschreiben. Viele ihrer Studierenden haben die BWL bereits in der Praxis gelernt - ein Vorgang, der ihnen von den Vätern der BWL, die alle in der Praxis gelernt hatten, vorgemacht wurde. Das zusätzliche Reflexionswissen der Sozialökonomie gibt ihnen einen Vorteil gegenüber den Praxisblinden. Daneben gibt es aber in zunehmendem Maße Arbeitsplätze, in denen Reflexionswissen gefragt ist. Dazu gehören die ganzen Wirtschaftsberatungsberufe vom Schuldnerberater über den gemeinnützigen Finanzberater, für die wir ausbilden konnten und deren Gruppe ständig wächst. Daneben gibt es die Kontrollberufe der Wirtschaft als Berater der Betriebsräte und Aufsichtsratsvertreter der Arbeitnehmer. Die gemeinnützigen Verbände ebenso wie die Journalisten brauchen sozialökonomisches Wissen. Warum soll die HWP dann auch noch die Personalabteilungen der Unternehmen besetzen, wo es darum geht, den profitabelsten Weg herausfinden wie man das Unternehmen von MitarbeiterInnen *entlastet?*

Das statistische Bundesamt meldet für die Wirtschaft, dass das BWL Studium an Universitäten und Fachhochschulen das beliebteste Studium ist. Fast 150.000 studieren BWL, weitere 80.000 BWL-nahe Fächer wie Wirtschaftsinformatik. Wenn 1% des Studienangebots für Sozialökonomie bereitsteht, ist dies keine Überforderung zumal die Presse meldet, dass auch BWL-Studierende immer mehr nach ethischen und sozialen Grundlagen fragen und das fade Ersatzangebot von CSR und Wirtschaftsethik durch BWL-Professoren nicht zufrieden stellen kann.

III. Gesellschafts- statt Gemeinschaftsökonomie: Internationalität

Die HWP war immer eine internationale Hochschule. Selbstverständlich nahm sie am Erasmus-Programm teil. Darüber hinaus aber hatte sie Doppeldiplome mit Trient in Italien, Newcastle in England oder der Ecole des Cadres in Paris. Kooperationen mit Sidney in Australien, Daressalam in Tansania oder Antalya in der Türkei gehörten dazu. Es waren Kontraste zu den MBA-Programmen der BWL-Fakultäten in den USA und England, wo man mit einem teuer bezahlten MBA seine Gehaltsaussichten auch in Deutschland über den Wiedererkennungswert verbessern konnte.

Ein großer Teil der Hochschullehrer der HWP sprach fließend Englisch. Die berufenen Juraprofessoren sprachen alle fließend noch Französisch, teilweise noch Italienisch und Spanisch. Forschungsprojekte des mit der HWP verbundenen *iff* oder die arbeitsrechtlichen Projekte der Professoren Zachert und Mückenberger deckten die meisten Staaten der EU ab.

Die Internationalität war ein integraler Bestandteil der HWP. Die neue BWL-Fakultät erst kündigte die Kooperationen mit Trient und Antalya und reduzierte die Internationalität auf die bekannte Verankerung der BWL in die MBAs der englischsprachigen Welt. Kooperationen mit Rechtsfakultäten wie der Université Laval in Quebec und in Trient, die den sozialökonomischen Aspekt im Recht begrüßten, passten nicht mehr.

Die Internationalität der HWP ist integraler Bestandteil einer Sozialökonomie, die sich ihrer Vereinnahmung durch die Nationalökonomie und Staatswissenschaften der autoritären Gemeinschaftsregime vergangener Epochen erwehren muss.

Aus dem Streben nach gutem Leben hatten die Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts ein Streben nach starken Staaten gemacht, die auf einer Volkswirtschaft aufbauen sollte, die ihre Raubzüge ermöglichen und danach ertragreich gestalten sollten. Hierfür standen auch die Professoren der Akademie vor 1945. Diese Vereinnahmung der Ökonomie für eine imperiale Politik nach innen wie nach außen spiegelte sich im Aufblühen der Staatswissenschaften im 19. Jahrhundert wieder. Die große Errungenschaft der bürgerlichen Revolution, die Trennung von Staat

und Wirtschaft, wurde wie Polanyi in seinem Buch *The Great Transformation* 1944 nachwies, sukzessive aufgehoben und damit auf die Errungenschaften an individueller Freiheit verzichtet. Deshalb hatte Hayek 1944 in seinem Buch *Wege zur Knechtschaft* Recht, als er gegen Faschismus und Stalinismus das neo-liberale Konzept der Wirtschaftswissenschaften als Waffe betonte. Ludwig von Mises vertrat 1922 in seinem Buch *Die Gemeinwirtschaft* die Auffassung, dass die Beschränkung, wie sie mit dem (realen) Sozialismus im nationalen Rahmen erfolgte, nicht zum Wohle aller funktionieren konnte.

Wichtiger aber noch ist, dass der Feind der Freiheit nie die internationale Gesellschaft sondern der Nationalismus war. In den Staatswissenschaften und im Begriff der Nationalökonomie, wie er sich letztlich im Begriff der „Volks"wirtschaftslehre transzendiert hat, konnte sich eine beschränkte gemeinschaftsorientierte Sichtweise etablieren, die Wirtschaft in den Dienst von Volksgemeinschaften nahm. Die eigentliche Daseinsberechtigung des Gemeinschaftsdenkens, wie Carl Schmitt nur in einer perfiden Umkehrung der Wahrheit bestätigt hat, ist in der Feindschaft begründet, die ein imperialer Staat für seine Raubzüge bei den Unterworfenen erzeugen *muss.*[60]

Daher ist die internationale Ausrichtung auch ein wichtiger wissenschaftspolitischer Schutzschild gegen den Antisemitismus, der alle Gemeinschaftsideologen in den multidisziplinären Ansätzen der Wirtschaftsbetrachtung wie den Staatswissenschaften und der Gemeinschafts- und Sozialökonomie besetzt hatte.

---

[60] Dazu Reifner, Gemeinschaft und Feindschaft im Ausnahmezustand, in Bennhold, M. (Hrsg.) Spuren des Unrechts, Köln: Pahl-Rugenstein 1988; ders. Gemeinschaftsdenken und Kollektiv, Forum Kritische Psychologie 9, Argument Sonderband 72, 1978 S.171-180

E. Welche Sozialökonomie für den Fachbereich?

Die HWP ist nicht 1948 entstanden. Zur personellen Kontinuität ihrer Gründungsprofessoren, zur Kontinuität ihrer Zielunternehmen gehört auch eine ideologische und sogar eine institutionelle Kontinuität, die durch die Rückbenennung zunächst des Projektaufbaustudiums und dann der ganzen Hochschule in ein Diplom *Sozialökonomie* und dann den Fachbereich *Sozialökonomie* offen zutage getreten ist.

I. „Sozialökonomisches Seminar" der Universität Hamburg

Die Sozialökonomie hatte bis ins dritte Jahrtausend hinein ein "Sozialökonomisches Seminar" an der WiSo-Fakultät, das eine sehr wechselhafte Geschichte hinter sich hat. Nachdem das „Hamburgische Kolonialinstitut", ausgerichtet auf die Bedürfnisse der Hamburger Kaufleute in den Kolonien 1908 als Vorstufe zur Universität Hamburg (1919) gegründet wurde und bei Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914, der ja auch zur Erringung von Kolonien geführt wurde, sich zu einer wohl einzigartigen Koloniallehranstalt mit 23 Professoren und 63 Dozenten entwickelt hatte, bestand es in der 1919 gegründeten Universität Hamburg als "Seminar für Nationalökonomie und Kolonialpolitik" fort. Nach dem endgültigen Aus für die Deutsche Kolonialpolitik im Versailler Vertrag hieß es nur noch "Seminar für Nationalökonomie" und später dann "Seminar für Sozialökonomie"[61]. Sein Zentralarchiv hieß kurzfristig nach 1918 bereits HWWA und blieb selbständig. Von 1945 bis zur Auflösung 2007 hieß es wieder HWWA.

Mit der Berufung Eduard Heilmanns 1925, der sich als "Sozialökonom, Sozialist und Christ" sah, wurde der Begriff Sozialökonomie Programm in Soziologie und Wirtschaftswissenschaften. Heilmann musste 1933 zusammen mit seinen beiden Kollegen jüdischer Abstammung Plaut und Singer emigrieren. Das Seminar, das Professoren der staatswissenschaftlichen Abteilung (VWL) der Universität beherbergte, war aber schon vorher durch den Nationalsozialisten Adolf Wagner und den

[61] eingehend hierzu Hilger, M.E. Das sozialökonomische Seminar (SÖS), a.a.O. S. 953 ff

Freikorpsanhänger Albert v. Mühlenfels belastet. Gemeinsam mit Carl Schmitt, dem späteren Präsidenten der NS-Hochschullehrer, verhinderten sie bereits 1928 die Habilitation des Sozialdemokraten Siegfried Landshut, der dann "freiwillig" zurückzog, wie dies auch im Nachkriegsdeutschland üblich geblieben ist. Im Gefolge wurde das Seminar in ein nationalsozialistisches Wirtschaftsinstitut umgewandelt. Hilger[62] berichtet, dass z.B. Paul Schulz-Kiesow als Gestapo-Mann nach 1945 untragbar blieb. Curt Eisfeld (1927-1941), Rudolf Stucken (1935-1939) (Erst SPD dann SA) arbeiteten mit Ortlieb (1936-1939), dessen Habilitation durch v. Mühlenfels (der auch die Wehrwirtschaftsübungen leitete) und den Nationalsozialist Ernst Schrewe im Jahre 1940 ermöglicht wurde.

1940 erhielt das Seminar angesichts des Afrikafeldzuges, der am 9. September 1940 begann und bis zum 13. Mai 1943 dauerte, eine kolonialwissenschaftliche Abteilung, die wohl auf die Landnahme vorbereiten soll. Aus ihr wurde 1941 ein selbständiges Institut, das unter der Leitung von Prof. v. Mühlenfels 1943 zum Institut für Kolonialwirtschaft und Außenhandel wurde. Als Institut für Sozialökonomie blieb es nach 1945 im Bereich des Außenhandels an der Universität Hamburg verortet, wo Karl Schiller von 1946-1948, Hans Seischab (1948-1960) sowie Reinhold Henzler und Hans Ritschl weiterlehrten und forschten. Die Gründung des Instituts für Gemeinwirtschaft als Forschungsstelle in der Akademie für Gemeinwirtschaft 1953 erinnert ebenfalls an dieses Institut, das in der Universität Hamburg letztlich nur eine im wesentlichen ideologische Klammer für verstreute Ressourcen war, das als solches wenig eigene Handlungsmacht hatte.[63]

Die ideologische Bedeutung der Besetzung des Begriffs *Sozialökonomie* lässt sich aber kaum unterschätzen, da die Theorie der Weimarer Sozialökonomen Eduard Heilmann ("Religiöser Sozialismus"), Adolf Weber ("Führerdemokratie"), nationalsozialistisch zugespitzt durch Ortlieb, Schelsky ("Gemeinschaftswirtschaft") und Jantke ("Volkssoziologie") sich zunächst in der NS-Außenwirtschaftssichtweise und dann auch im wirtschaftspolitischen Konzept des Bundesministers Karl Schiller

---

62 a.a.O. S. 963 ff

63 So die Einschätzung von E. Krause im persönlichen Gespräch am 5.5.2012

(„freiheitlich-sozialistischer Weg“) fortsetzte, der dann zumindest bis zu seinem ersten Parteiaustritt 1972 die SPD-Wirtschaftspolitik bestimmte. Schiller wiederum prägte Helmuth Schmidt, der in Hamburg in seinen Vorlesungen saß und sein politischer Ziehsohn wurde. Schmidt berichtet gleichzeitig aber auch fasziniert von Eduard Heilmann, dem er in den USA begegnete und bei dem er dann "begriffen (habe), warum der Marxismus ethisch ins Bodenlose führen muss."[64]

Damit spricht Schmidt durchaus ein Kennzeichen der sozialökonomischen Theorie an: die Ablehnung des Marxismus aus einer konservativ kapitalismuskritischen Perspektive, die sich als sozialistisch bezeichnete. Unter Sozialismus verstand man dabei etwas anderes als das, was Marx mit seinem Antagonismus von Arbeit und Kapital als Arbeiterbewegung ansprach. Grundbegriff war die Gemeinschaft und nicht die Gesellschaft.

Die Biographen Heilmanns[65], nach dem die Universität Hamburg jüngst einen Hörsaal im Hauptgebäude benannt hat, sehen zwischen Heilmann und den NS-Nachfolgern im sozialökonomischen Seminar eine tiefe Kluft. Sein Schicksal als Opfer des Antisemitismus 1933 belegt dies in der Tat. Doch der Rassismus der Nazis entbindet nicht von der Prüfung, ob die Sozialökonomie Heilmanns mit ihrem Anti-Kommunismus nicht einer gefährlichen Tendenz des Gemeinschaftsdenkens nachgab, die die Abgrenzung zum Nationalsozialismus erschwerte. Die Ablehnung von Liberalismus wie Kommunismus stieß auf ähnliche Feindbilder der Nazi-Ideologie, die in ihren moderateren Formen in der Wirtschaftstheorie in der Deutschen Arbeitsfront einen erheblich erträglicheren Ordo-Faschismus kreierte, als wie er im Anarcho-Faschismus des SS-Staates wütete.[66]

---

[64] Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, 1987 S. 162 Er fasst dort Heimann zusammen als "Freiheit und Ordnung"

[65] Vgl. die Nachrufe von Adolph Lowe sowie der Universität Hamburg im Jahre 1967 (alles im Archivordner "Heilmann" der Universität)

[66] Zu dieser Begrifflichkeit vgl. Reifner, Institutionen des faschistischen Rechtssystems, in ders. (Hrg.) Das Recht des Unrechtsstaates, a.a.O. S. 11 ff. Die Abgrenzung wurde übernommen aus Fraenkel, Der Doppelstaat, 2. Aufl. Hamburg 2001 der in der NS-Diktatur zwischen Normenstaat und Maßnahmenstaat unterscheidet, sowie von Franz Neumann, Behemoth - Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1944. Fischer Taschenbuch Verlag 1988, der von parallelen Systemen

Zumindest der Anspruch Ortliebs, der ohne Zweifel wie Schelsky, Jantke und Mackenroth ein nationalsozialistisches Konzept der Sozialökonomie verfolgte, das Konzept Heilmanns legitim und mit gleichem Vokabular in der Gemeinschaftsideologie weiterzuführen[67], sollte nachdenklich machen. Heilmann war wohl selber nachdenklich, als er 1946 an Flittner schrieb, dass "gerade wir Älteren eine Mitschuld am Kommen Hitlers" hatten.[68]

In Werk und Person Werner Sombarts, der bis heute in einem Atemzug mit Heilmann als Kronzeuge der Sozialökonomie hoch geachtet wird[69], zeigt sich die Gradwanderung sozialökonomischen Denkens. Sein Werk "Die Juden und das Wirtschaftsleben" im Jahre 1911 ist bereits völkisch-antisemitisch und bereitet seine Schrift *Deutscher Sozialismus,* mit der er sich 1934 den Nationalsozialisten empfiehlt, vor. Das Fehlen einer konstruktiven Zukunftsvision der marxistischen Sozialisten für das, was Sozialismus praktisch sein soll, und die Tatsache, dass ihre "Kritik der politischen Ökonomie" unter Lenin religiösen Status erhielt, schafft ein Vakuum an konkreten Utopien. Gemeinschaftsorientierte Bilder der Vergangenheit, die an Jahrhunderte lang gelernte Bilder im Volk anknüpfen, wurden nicht nur von rechts sondern wie Leninismus und Stalinismus dann zeigten, auch von links eher irrational und emotional mit Gemeinschafts- und feudalen Herrschaftsvorstellungen gefüllt, die aber die macht-begrenzenden Elemente feudal-religiöser Herrschaft vermissen lassen. Das Problem der Zukunftslosigkeit lässt sich jedoch

---

in der NS-Diktatur: Staat und Partei ausgeht. Beide Klassiker der Faschismusanalyse waren Juristen und Assistenten sowie Sozii von Hugo Sinzheimer, dem Vater des kollektiven Arbeitsrechts und Idol des HWP-Arbeitsrechtlers Ulrich Zachert. (Vgl. Zachert, Hugo Sinzheimer, RdA 2001, 107. Über Sinzheimer und Zachert auch der 1. Vorsitzende der IG-Metall Berthold Huber bei Eröffnung des Hugo-Sinzheimer Instituts 2010: „Aus ihm (Sinzheimer U.R.) wurde, in den Worten eines seiner besten Interpreten, unseres viel zu früh verstorbenen Freundes Ulrich Zachert, »einer der Hoffnungsträger dieser Republik«." http://www.hugo-sinzheimer-institut.de/fileadmin/user_data_hsi/Dokumente/Aufsatz_Huber.pdf

[67] Vgl. Ortlieb, H. D. , Eduard Heimann - Sozialökonom, Sozialist und Christ, in: Heimann, E. Sozialismus im Wandel der modernen Gesellschaft, Bonn 1975 S. 1-20

[68] Brief v. 15.2.1946 Archivordner *Heilmann* der Universität Hamburg

[69] D. Schnaas, Werner Sombart, ein Geschichtenerzähler, in WiWo v. 9.4.2012: "Werner Sombart war ein Verschnitt aus Nationalökonom, Jurist, Soziologe und Historiker."

weder im Marxismus noch im Liberalismus lösen. Beide können Zukunft nur als doppelte Negation entwerfen, weil es um die Befreiung des Individuums (Liberalismus) oder des Kollektivs (Marxismus) zu bedürfnisorientiertem Handeln geht, dessen Ergebnisse nicht vorhersehbar sind. Die Sokratisch-dialektische Weisheit, wonach das höchste Wissen darin besteht, dass *ich weiß, dass ich nichts weiß*, hat erhebliche Nachteile gegenüber einem dogmatischen Sozialismus oder Faschismus, der mit der Wahrheit auch die Utopie verkaufen kann.

Die Sozialökonomie Sombarts hat daher nichts mit der Sozialökonomie seines Kollegen Max Weber gemein, auch wenn beide im Aufbau der Soziologie als wissenschaftlicher Disziplin in Deutschland zusammenarbeiteten. Die Erklärung dazu bietet Ferdinand Tönnies in seiner Analyse der Unterschiede zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft (1887) als Konzepten der Sozialwissenschaften. Gemeinschaft erscheint hier als irrationale Bedrohung von rational organisierbarer Gesellschaftlichkeit. Nicht zufällig ordnete Tönnies dann auch den heraufkommenden Nationalsozialismus und seine wissenschaftlichen Vertreter als Reaktionäre feudaler Provenienz ein. Dass er unmittelbar 1933 gerade wegen seiner Auffassungen seinen Kieler Lehrstuhl ohne Bezüge verlassen musste, hebt ihn aus der Masse der Sozialökonomen hervor, die sich unter dem Primat des Anti-Kommunismus oder, wie es damals hieß, Anti-Bolschewismus, mit dem Nationalsozialismus arrangieren konnten.[70] Daher vertrat in der Sozialökonomie die eine Strömung in der Bewältigung kapitalistischer Gesellschaft eine konservativ-reaktionäre Gemeinschaftsideologie, die Gefühl, Nation und Familie betonte. Die andere Auffassung von Sozialökonomie verpflichtete zur Einsicht, dass mit der Vergesellschaftung der bürgerlichen Gesellschaft durch den Markt und seine dadurch angeregten politischen Prozesses, Individuum, Rationalität, Interesse und Recht zu betonen seien.

Im Hamburger Anzeiger v. 1.8.1953 definiert der wissenschaftliche Erbe von Heilmann, Ortlieb, als Rektor der Akademie für Gemeinwirtschaft, eben diesen Begriff als "Wirtschaft einer Gemeinschaft und für eine Gemeinschaft", für die "auch die Freiheit des einzelnen der ord-

---

[70] Vgl. dazu auch vom HWP-Soziologen Stefan Breuer: Von Tönnies zu Weber. Zur Frage einer ‚deutschen Linie' der Soziologie, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 6, 1996, S. 227-245

nenden Hand der Gemeinschaft (bedarf)..." Allein das Wort Volk fehlt vor der Gemeinschaft, um es den Nationalsozialisten in den Mund legen zu können.[71] Hier war das Werk Heilmanns wohl zumindest unklar. Das vorherrschende Ziel der Bekämpfung des Bolschewismus gilt bei ihm nicht nur der Ablehnung des russischen Systems sondern auch der Rationalität der Mehrwerttheorie von Marx, die er um andere kulturelle und emotionale Faktoren ergänzt wissen will. Sie gilt auch dem Klassenbegriff, den er lieber durch Gemeinschaften ersetzt sehen will. In seiner Schrift zur Weltwirtschaft 1925 bekennt er, dass er zum Liberalismus zwiespältig stehe und ihn "bekämpfe, soweit er auf dieser Stufe stehen bleiben will, während wir von der antithetischen Form der Solidarität zu der echten, der unmittelbar empfundenen Solidarität im Volk und dann auch zwischen den Völkern, dem Sozialismus, fortschreiten wollen." [72] In seiner "Sozialen Theorie des Kapitalismus - Theorie der Sozialpolitik" von 1929 wird das Soziale als Gemeinschaft gesehen. In seiner Schrift "Über Wesen und Umfang des Sozialismus" betont er, dass "Gemeinschaftskultur" und "Gemeinwohl" dem rationalen Denken von Wirtschaft entgegengestellt werden müssen. Hierzu sieht er die Religion als "sinnvolles Entfalten auf Freiheit", der er in seiner "Theologie der Geschichte" 1966 ihren endgültig dominanten Platz in der Wirtschaft einräumt.[73] Als Herausgeber der Berliner Blätter für christlichen Sozialismus geht seine Ablehnung von Kommunismus und liberalem Gedankengut vor 1933 schon damals so weit, dass er einen Ausgleich mit der NS-Gemeinschaftsideologie sucht und im Nationalsozialismus einen "Aufstand der elementaren Triebe gegen die kapitalistische Verödung" sieht und beim Anti-Bolschewismus sogar Gemeinsamkeiten entdeckt.[74] In den letzten Ausgaben der ihm nahe-

---

[71] Mattfeldt, H: Der nationalsozialistische Einfluß auf die Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, in Krause et alt. S. 991 ff S. 1005 ff

[72] Heilmann, Grundsätzliches über Weltwirtschaft und Handelspolitik. Blätter für religiösen Sozialismus 1925 Juli/September S. 49 ff, 71

[73] Man ist an die reaktionäre Kritik Carl Schmitts an der Weimarer Republik in dessen Schriften „Römischer Katholizismus und politische Form“ (1923) und „Politische Theologie“ (1922/1970) erinnert,

[74] Vgl. auch Kodalle, Der Begriff des Sozialismus nach Eduard Heilmann, aus Politik und Zeitgeschichte 1973 B26 S.5; dazu auch das Papier Heilmann, E. Atheist Theocracy, Herbst 1953 From Social Research (Archiv der Universität)

stehenden Neuen Blättern für den Sozialismus[75] erfährt man dann schon, wie machtvoll und notwendig der als nationale Revolution bezeichnete Putsch in Deutschland gewesen sei. Die Sprache und Diktion verheißt hier die Kontinuität, die wir dann im Seminar für Sozialökonomie bei seinen nach 1945 selbsternannten Schülern finden.

Max Weber, Ferdinand Tönnies einerseits, Eduard Heilmann, Werner Sombart, Ortlieb und Schlesky andererseits markieren daher auch heute die Optionen in der Sozialökonomie. Die Trennung von Gemeinschaft und Gesellschaft, von Staat und Wirtschaft, Religion und Vernunft sind Errungenschaften des Liberalismus, die auch unter sozialistischen Vorzeichen nicht aufgegeben werden dürfen.

II. Staatswissenschaften und Nationalökonomie

Die Dienstbarmachung der gerade von feudaler Herrschaft befreiten Wirtschaft für staatliche Zwecke in der gemeinschaftsbezogenen Sichtweise spiegelt sich in den Staatswissenschaften, an die wohl auch Karl Schillers Benennung der HWP als Akademie für Gemeinwirtschaft *und* Politik anknüpfte, wieder. Die Staatswissenschaften haben sich im Nationalsozialismus deutlich kompromittiert, auch wenn sie sich der gleichen Trias der Disziplinen: Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft i.S. Sombarts verpflichtet fühlten und ihre neueren Studiengänge in Erfurt, Passau und Lüneburg keine Elemente dieses Gemeinschaftsbezugs mehr aufwiesen sondern eher politologisch interdisziplinär wären.

Die Staatswissenschaften teilen damit aber anders als die HWP mit den alten Staatswissenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts, zu denen auch die Hamburger Staatswissenschaftliche Fakultät von Juristen und Ökonomen verstand, eine etatistische Ausrichtung, in der nicht das Privatrecht sondern das öffentliche Recht und damit der Staat als politischer Machtapparat im Zentrum steht.[76]

---

[75] Helmbrecht, Faschismus und Nationalsozialismus, in Neue Blätter für den Sozialismus, H.gfg. 1933 (Juni) S. 292 ff

[76] Lüneburger Studiengang Staatswissenschaften: "Staatswissenschaften - public economics, law and politics (pelp) Die Leistungsfähigkeit und Legitimität moderner Staaten wird maßgeblich durch das komplexe Zusammenspiel von Politik, Recht

Die *Neue Zeitschrift für Staatswissenschaften* drückt dies mit ihrem Werbetext wie folgt aus: "Die frühere deutsche Staatswissenschaft ist nicht vorstellbar ohne die Überzeugung von der Funktion des Staates als "Sinnganzes". Die wissenschaftliche Reflexion darüber war auf das Erfassen der "Gesamtheit" des Wesens des Staates gerichtet. Längst ist diese Sicht von der umfassenden Rolle des Staates gewichen, ein Anspruch auf "Gesamtheit" einer Wissenschaft im Sinne einer den Staat als Ganzes erfassenden Lehre nicht mehr einlösbar."

Demgegenüber hat der Begriff der **Nationalökonomie**, der im deutschen fehlerhaft übersetzt Volkswirtschaftslehre heißt, obwohl er sich auf die territorial bestimmte Nation (frz. nation) und nicht auf den Gemeinschaftsbegriff Volk (frz. peuple) bezieht, lediglich noch Abgrenzungsfunktion zur Betriebswirtschaftslehre bzw. internationalen bzw. Weltwirtschaft.

III. Politische Ökonomie

Eigentlich wäre der im 19. Jahrhundert gebräuchliche Begriff der **politischen Ökonomie** am ehesten zutreffend. Zwar bezeichnet die Politik (πολιτεία) Staat und Verfassung doch war sie bei Platon noch Ausdruck des Prinzips der Gerechtigkeit, die den Staat legitimierte. Damit erhebt der Begriff die Gerechtigkeit zum Kriterium der Wirtschaft und des Rechts und ordnet nicht, wie in den Staatswissenschaften gedacht, Wirtschaft dem Staat(sapparat) unter. Zugleich weist er auch den gemeinschaftsbezogenen Begriff des "Volks", wie ihn die *Volks*wirtschaftslehre benutzt, zurück.[77] Karl Marx hat mit seinen drei Haupt-

---

und Wirtschaft bestimmt."; Der Master Staatswissenschaft in Erfurt kann dagegen als multidisziplinäres Angebot ohne gemeinsame Zielsetzung angesehen werden: "Mit dem Master Staatswissenschaften ergibt sich für Studierende verschiedener BA–Programme die Möglichkeit zur disziplinären Vertiefung in den Teilgebieten Rechtswissenschaft, Sozialwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft, wie auch interdisziplinäre Kombinationen dieser Studienrichtungen." (Website); der Passauer Studiengang ist dagegen rein politologisch ausgerichtet und heißt tatsächlich "Governance and Public Policy - Staatswissenschaften", wobei er die Zentrierung auf den Staat durch die Fächer Geschichte; Öffentliches Recht; Politikwissenschaft; Soziologie; Volkswirtschaftslehre betont.

77 Dazu ausdrücklich Eugen von Philippovich: Grundriß der Politischen Oekonomie. Erster Band: Allgemeine Volkswirtschaftslehre. 9. neu bearb. Aufl. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1911. S. 5

werken zwischen 1858 und 1868[78] "Zur Kritik der politischen Ökonomie"[79], dessen letzte Gestalt als "Das Kapital" zur Weltliteratur wurde, den Namen geprägt, obwohl er 1844 seinen Studien noch den Titel "ökonomisch-philosophische Manuskripte" gab. Seitdem ist der Begriff politische Ökonomie mit dem Marxismus so verwoben, dass man ihm nur schwer seine allgemeine Bedeutung zurückgewinnen kann. Nur wenige nicht-marxistische Autoren in der Soziologie wagten seither sich mit diesem Begriff vorzustellen.

Die HWP hat schon wegen der geringen Bedeutung der Juristen bei ihrer Gründung keinen Anspruch erhoben, die Staatswissenschaften fortzuführen. Ihr Subjekt war nicht der Staat sondern die Gemeinwirtschaft. Mit dem Begriff "Gemein" setzte sie sich aber fahrlässig nicht von der desavouierten Begrifflichkeit des Nationalsozialismus ab, der die vier großen Gemeinschaften: Volksgemeinschaft, Betriebsgemeinschaft, eheliche Lebensgemeinschaft und Hausgemeinschaft zur Grundlage seines Rechts gemacht hatte.[80] Subjektive Freiheitsrechte sollten der Staatsräson und dem Führerbefehl untergeordnet werden. „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“[81] hieß ihr Schlachtruf. Führen bedeutete die intelligente Unterwerfung der Menschen in allen ihren Aspekten, die weit mehr als gutes Wirtschaften sondern vor allem herrschen wollte. Diese Art der "Gemeinwirtschaftslehre" stellte insoweit eine Verschärfung der staatswissenschaftlichen Perspektive dar, als sie die Unterordnung nicht aus dem über Jahrhunderte gewachsenen Recht staatlicher Herrschaft sondern aus einer undefinierten Gemeinschaft ableitete. "Der Führer Hitler" hatte "Betriebsführer", "Parteiführer", "Heeresführer" und "Familienoberhäupter", die keineswegs nur Befehlsempfänger sondern dezentrale Instanzen waren, die nach dem Raubprinzip die Gemeinschaften benutzen konnten und daher auto-

---

[78] Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (1867), Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (1858), Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859)

[79] Vorher schon in den Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie

[80] s.o. FN 60

[81] Parteiprogramm der NSDAP vom 24.2.1920 sowie ein Zitat Hitler: „Dieses Gesetz ist die erbitterte Kampfansage gegen den schrankenlosen Liberalismus des individualistischen Zeitalters... Im Mittelpunkt dieser Erziehungsarbeit steht das Volk und nur das Volk ...“ (Schley, Führerworte, Bd. 1 1934 S. 69)

nom in Betrieben wie auch für die Wehrmacht und SS in den besetzten Gebieten funktionierten. Für diese Gemeinschaften wurde nicht selten der Begriff "Sozial" missbraucht, der zwar seinen Ursprung nicht in der Gemeinschaft (lat. communitas) sondern in der Gesellschaft (lat. societas, socius) hat, gleichwohl aber immer wieder für Gemeinschaftsideologien benutzt wurde. Die Bewegung der Sozial-Konservativen, die sinnfällig mit Bismarck in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Deutschland regierte und viele der Ansätze multidisziplinärer Ökonomie kennzeichnete, hatte mit dem, was Tönnies und Max Weber über Gesellschaft schrieben, wenig gemein.

IV. Sozialökonomie

Der Begriff **Sozialökonomie** ist, wie Werner Sombart ("Theoretische Sozialökonomik"), Heinrich Dietzel (1895) und Adolf Wagner (1907) ebenso wie Heilmann, Ortlieb und Schelsky verdeutlichen, mit Gemeinschaftsideologien von Volk und Staat belastet. Dies setzt sich heute fort in der Strömung jenseits der historischen Diskussion um Sozialismus, die sich im Gefolge der Freigeldschule des schwärmerischen Autodidakten Silvio Gesell um die *Zeitschrift für Sozialökonomie* scharen.[82] Ihr zentrales Thema ist oberflächlich gesehen das Geld. Dahinter verbirgt sich eine zinsfeindliche Grund- und Boden-Ideologie, womit zugleich auch die ideologische Grundlage des Gemeinschaftsdenkens in der Agrargesellschaft übernommen wird. Der Antikapitalismus dieser Gruppen ist letztlich ebenso wie die Gemeinschaftskonzepte der Sozialkonservativen autoritär. Die Bewegung, die mit Konzepten zum fractional banking, Freigeld, Schwundgeld, lokalem Geld (LET-System) unter dem Begriff "social economy" erhebliche internationale Verbreitung hat, belastet den ohnehin durch die Geschichte kompromittierten Begriff. Zwar ist es richtig, dass Wirtschaft sich nicht auf Marktmechanismen beschränken lässt und dass das für Geld notwendige Vertrauen auch durch Gemeinschaften vermittelt werden kann. Doch dabei geht

---

[82] Herausgegeben wird die Zeitschrift für Sozialökonomie von der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V. Namhafte Mitherausgeber sind die Publizisten Werner Onken. Helmut Creutz (Das Geld-Syndrom - Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung, 2001) sowie die Professoren Karner, Margrit Kennedy (Geld ohne Zinsen und Inflation: Ein Tauschmittel, das jedem dient 1991), Gerhard Senft.

der Geldvorstellung ihre progressive historische Funktion als Vermittler von Gleichheits-, Freiheits- und Sicherheitsidealen für das Individuum verloren.

Doch nicht nur die Sozialökonomie sondern der Sozialbegriff als solcher ist Kampfbegriff zwischen Konservativen und Sozialisten, Faschisten und Kommunisten, Christen und Freidenkern. Alle behaupten "soziale Verantwortung für die Menschen" zu übernehmen. Doch der Mensch verschwindet bei der einen Gruppe in Volk und Gemeinschaft oder auch Kollektiv während er bei den anderen als einzelner Bürger und Citoyen seine Rechte einfordert und nur in seiner Summe die Gesellschaft bildet. "Sozial" bezeichnet aus konservativer anti-liberaler Sicht die Güte und das Almosen, mit der sich jede Herrschaft religiös und moralisch als verantwortliche Herrschaft legitimiert und daher auf Demokratie und ihre Legitimationsmechanismen verzichten zu können glaubt. Dieses Konzept vom Almosen dominiert alle religiösen Vorstellungen und wurde von Max Weber geradezu zum Inbegriff von Religion erklärt. Es hat sich auch im religiösen Neoliberalismus entwickelt, wo Ethik- und CSR-Diskussionen in der BWL eine Allianz zwischen Milton Friedman und Augusto Pinochet ermöglichten.

Auch der Begriff "Sozialwirtschaft", wie die deutsche Übersetzung von Sozialökonomie heißen könnte, zeigt das Problem, weil er als gelebte[83] Bezeichnung nicht die gesamte Wirtschaft sondern ebenso wie das Sozialrecht nur das System der Sozialversicherungen und der Sozialhilfe ausdrückt. Die Arbeiterbewegung ersetzte den Begriff „sozial“ durch den Begriff "sozialistisch". Dieser Begriff wurde über einen missverstandenen Klassenbegriff, der die Arbeiter als reale Gemeinschaft ansah, sogar besonders anfällig für die Gemeinschaftsideologie. Die Reaktion hierauf war der Begriff "sozialdemokratisch", der zum gesellschaftlichen Individuum zurückkehrte jedoch wiederum in die alten Systeme von Almosen und Unterordnung verfiel. Die Kombination ist zudem wie Hartwich[84] aufgezeigt hat, ein anfälliger Pleonasmus, weil Demokratie immer gesellschaftlich und damit sozial ist.

---

[83] Vgl. zum Beispiel die Benennung der *Bank für Sozialwirtschaft* der Wohlfahrtsverbände.

[84] Hartwich, H.-H. Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher Status quo, Köln & Opladen: Westdeutscher Verl. 1970

V. Das HWP-Konzept

Die Entscheidung für ein Konzept der Wirtschaftswissenschaften, das das weite Konzept von Wirtschaft vom guten Leben Aller bei Aristoteles teilt und dabei nicht die Errungenschaften der Demokratie, die Trennung von Staat und Gesellschaft, die Entwicklung der Freiheit des Individuums gegenüber allen Formen der Gemeinschaft aufgibt, hat in der HWP Anfänge eines interdisziplinären Wissenschaftsansatzes erlaubt. Sie hat dabei die Hochschule eng mit der Geschichte der SPD verknüpft, die mit ihren verschiedenen Denkströmungen eines antikommunistischen Volkssozialismus ebenso wie einer auf den Rechten des Individuums aufgebauten sozialen Demokratie eine parallele Geschichte ihrer Parteiflügel aufweist. Die Befreiung von der anti-liberalen Strömung des Anti-Kommunismus, den Thomas Mann einmal die „Grundtorheit unserer Epoche" genannt hat, wurde auch Konzept der Sozialökonomie, wie es die HWP bis heute prägte, vollzogen. Man kehrte darin zu einem weiten Begriff von Wirtschaft jenseits der gewinnorientierten Marktwirtschaft zurück, während die Sozialökonomen der Gemeinschaftsideologie den Fokus auf geldvermittelte Marktprozesse trotz ihres Etatismus beibehielten. Dabei blieb man dem Originalzitat von Thomas Mann treu, der in Reaktion auf Faschismus und McCarthyismus geschrieben hatte: "Sie sehen, dass ich in einem Sozialismus, in dem die Idee der Gleichheit die der Freiheit vollkommen überwiegt, nicht das menschliche Ideal erblicke, und ich glaube, ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt[85], von dem der Faschismus lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche."

Ob die "Sozialökonomie" trotz allem als treffende Bezeichnung wissenschaftlich zu halten ist, muss letztlich ungeklärt bleiben. Wichtiger als der Begriff ist die Tradition, in der sich eine zukünftige HWP einordnen will.

Hierzu braucht sie wissenschaftliche Vorbilder, die weder durch sozial-

[85] Thomas Mann spielt hier auf das kommunistische Manifest von Marx und Engels an, das mit dem Satz, „ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus", diese Ängste beschreibt

konservative noch durch kommunistische Gemeinschaftsideologien belastet sind. Ausgangspunkt sollte das Aristotelische Wirtschaftsverständnis bieten, das Wirtschaft und Gesellschaft auf der Grundlage eines humanistischen Weltbildes als Einheit erfasst.

In diesem Bereich hat Adam Smith die Ideen der bürgerlichen Philosophen für die Marktwirtschaft formuliert. Karl Marx hat diese Konzepte kritisiert ohne letztlich ein eigenes Konzept von Wirtschaft dagegen zu setzen. Friedrich v. Hayek kommt der Verdienst zu, ähnlich umfassend wie die beiden vorgenannten Wirtschaft im Zusammenhang von Gesellschaft dargestellt zu haben und gegen die totalitären Gemeinschaftskonzepte seiner Zeit zu setzen. Karl Polanyi hat interdisziplinär und übergreifend Marx und Hayek als partielle Ansätze infrage gestellt und damit die Marktwirtschaft in einen historisch größeren Zusammenhang von Wirtschaft gestellt. Hierzu gehört auch John Maynard Keynes, der in der Theorie der HWP-Ökonomen eine große Rolle spielte.[86] Er ordnete zwar dem Staat eine bestimmende Funktion für Wirtschaft zu, verwendete dabei aber eher einen aristotelisch weiten Begriff von Wirtschaft verwendete, in dem Demokratie und soziale Interessen ihren Platz hatten und das Ziel von Wirtschaft nicht der Profit sondern das Wohlergehen und insbesondere nach der großen Depression die Möglichkeit, Arbeit zu finden, war. Viele andere ließen sich in diese Ahnengalerie der Sozialökonomie noch einordnen. Max Weber ist ein weiteres Vorbild, der als Jurist, Soziologe und Ökonom die Elemente betrachten half, die über die Gesellschaftsepochen hinausgreifend Rechtswissenschaften (Rechtssoziologie), Theologie (Protestantismus und Religionssoziologie) und Wirtschaftswissenschaften (Wirtschaft und Gesellschaft) erschlossen.

Die HWP kann sich in diese Tradition der Betrachtung von Wirtschaft und Gesellschaft gut einfügen. Der Begriff der Sozialökonomie ist etymologisch korrekt. Er verbindet Wirtschaft (Ökonomie, Norm) und Gesellschaft (Sozialität, Regel). Daher sollte man die Hoheit über den

---

[86] Motor dieser Keynes Rezeption war der HWP-Professor Harald Mattfeldt, der mit einem Keynes-Kongress dessen Bedeutung für demokratische Wirtschaft betonte. Vgl. Harald Mattfeldt: Keynes. Kommentierte Werkauswahl. Hamburg (VSA) 1985; ders. Wirtschaftspolitik und Arbeitnehmerinteressen - Keynes, John Maynard - 1986; zu Mattfeldt vgl. Herbert Schui / Holger Paetow (Hrsg.) Keynes heute Festschrift für Harald Mattfeldt 2003

Begriff vom konservativen Lager der Gemeinschaftsideologen zurückgewinnen und mit Leben füllen. Wenn der Fachbereich hierbei mit einer Klarstellung als *Fachbereich Sozialökonomie (HWP)* , wo auch immer er wieder auftauchen sollte, auf seine Geschichte hinweist, dann könnte eine breite Koalition für einen Neubeginn geschaffen werden, in dem Volkswirte, Betriebswirte, Juristen und Soziologen gleichgewichtig forschen und lehren und durch die Definition gemeinsamer Objektbereiche für alle Wissenschaften zur Interdisziplinarität finden. .

E. Sozialökonomie – 10 Thesen für einen Neubeginn

1. **Fachbereich:** Der Fachbereich Sozialökonomie (HWP) führt die interdisziplinäre, praxisorientierte und internationale Tradition der Hochschule für Wirtschaft und Politik (1970-1991) als Hochschule des zweiten Bildungsweges fort.

2. **Ziel:** Auf der Grundlage eines umfassenden Begriffs von Wirtschaft sollen interdisziplinär geforscht und Studierende ausgebildet werden, die vor allem in wirtschafts- sozial- und rechtsberatenden Berufen, als Kontrolleure und Beobachter von Wirtschaft, in Presse und Politik, in gemeinnützigen Organisationen oder im Management von Unternehmen tätig sind.

3. **Untergliederung:** Der Fachbereich gliedert sich in vier gleichgewichtige Fachgebiete VWL, BWL, Rechtswissenschaft und Soziologie. Er unterhält ein Bachelorprogramm mit dem Abschluss eines BA in Sozialökonomie. Es teilt sich in ein Grundstudium zur Einführung in das interdisziplinäre wissenschaftliche Arbeiten anhand von Lernprojekten sowie die einzelnen Disziplinen und das Hauptstudium zu speziellerem Forschen und Lernen ein, das auch propädeutische Fächer zur Kompensation von Nachteilen des zweiten Bildungsweges anbietet. Die Masterprogramme bauen auf dem Bachelorstudium auf.

4. **Studieninhalte**: Die Studiengänge orientieren sich an zwischen den Fachgebieten bestimmten Praxis- und Erkenntnisbereichen, die ausreichend repräsentativ und berufspraktisch relevant sind sowie ein interdisziplinäres Herangehen erfordern. Im Bachelor betrifft dies die Bereiche Arbeit und Personal, Markt und Konsum, Staat und Politik, für die weitere Präzisierungen möglich sind. Arbeitsrecht und Verbraucherschutzrecht sollen die Verbindung zwischen marktwirtschaftlichen Möglichkeiten und sozialen Zielen in der Wirtschaft verdeutlichen.

5. **Lehre**: Die Lehre in Vorlesungen zur Vermittlung der Inhalte der wissenschaftlichen Disziplinen wird durch Professoren sowie wissenschaftliches Personal erbracht, das sich für diese Disziplinen in Forschung und Lehre besonders qualifiziert hat und deren Eignung

geprüft wurde. Die Professoren werden durch eine angemessene Anzahl von Assistenten unterstützt, die vor allem Gelegenheit zur interdisziplinären Forschung erhalten.

6. **Forschung:** Jedes Fachgebiet wählt einen Sprecher und einen Forschungsbeauftragten. Die Forschungsbeauftragten bilden den interdisziplinären Forschungsrat, der Sorge dafür trägt, dass Lehre und Forschung den interdisziplinären Ansprüchen der Sozialökonomie gerecht werden.

7. **Autonomie**: Der Fachbereich verwaltet sich innerhalb der Universität (und der Fakultät) selbst. Er bestimmt Fachbereichsrat und Vorsitzenden. Stellenausschreibungen und Besetzungen gehören zu seinen Aufgaben. Bei Beteiligung Dritter muss gewährleistet sein, dass dabei der spezifisch interdisziplinäre Anspruch des Fachbereichs in Auswahl und Kompetenz berücksichtigt wird.

8. **Schwerpunktbildung:** Die Studierenden können innerhalb des bestehenden Lehrangebots wählen. Dabei sollen praxisrelevante sachliche Schwerpunktbereiche gebildet werden. Die fachliche Zusammensetzung der Lehre ergibt sich aus den Studienplänen für den sachlichen Schwerpunktbereich.

9. **Praxis:** Das Studium soll aktiv Praxiserfahrungen der Studierenden einbeziehen und dafür Sorge tragen, dass über Praktika alle Studierenden solche Erfahrungen machen können. Die beruflichen Zielbereiche werden in Einführungsveranstaltungen unter Einbeziehung von Praktikern dargestellt. Der Fachbereich bildet einen Beirat, dem die Alumni-Organisation GdFF sowie gesellschaftliche Gruppen nach dem Modell der Rundfunkräte angehören sollen. Der Beirat gibt einen jährlichen Bericht über die Erreichung der Ziele.

10. **Internationalität:** Das Studium ist international ausgerichtet. Es strebt Doppelabschlüsse mit ausländischen Universitäten an und ermöglicht insbesondere ausländischen Studierenden und Migranten das Studium durch Zulassungsquoten und adäquate sprachliche und inhaltliche Angebote.

Die HWP hat eine Fortsetzung verdient. Sie darf allerdings keine reine Rückkehr zur alten HWP sein. Sie muss weder in der WiSo-Fakultät noch überhaupt in der Universität Hamburg verortet bleiben. Für den Neubeginn der HWP muss es eine politische Initiative von außen geben. Hierbei sollten DGB, Verbraucherzentrale Hamburg, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitgeberverband, interessierte politische Parteien und GdFF beraten und diejenigen Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeiter und Studierenden der HWP zusammenwirken, die einen sozialökonomischen Ansatz befürworten. Ausstattung und Qualität erfordern eine begrenzte Anzahl von Studierenden. Durch Opt-Out des Überhangs von BWL-Professoren an den Fachbereich BWL, wo eine vollwertige Managementschule ihren Platz hätte, sollte eine angemessene Relation und der Ausgleich der Disziplinen erreicht werden.

Damit möchte ich mich von dieser Hochschule hier vertreten durch ihre hervorragenden engagierten Studierenden verabschieden und mich noch einmal für die Chancen bedanken, die die HWP mir eingeräumt hat. Ich werde ihr verbunden bleiben und meinen Rat und Hilfe allen anbieten, die diese Tradition gleichgültig in welcher Form und an welchem Ort kritisch fortsetzen wollen.